

Tschetschenische Flüchtlinge in Deutschland: Zwangsrückführung nach Russland - von Russland ins Kriegsgebiet

Juli 2002



Kinder in Saryje Atagi bei Grosnyj im Jahre 2002.
Foto: Nowaja Gaseta.

IGFM

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte

IGFM-Deutsche Sektion e.V.

Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main, Tel.: 069/42 01 08-0, Fax: 069/42 01 08-33
e-mail: cis@ishr.org, www.igfm.de

Tschetschenische Flüchtlinge in Deutschland: Zwangsrückführung nach Russland - von Russland ins Kriegsgebiet

Juli 2002

Inhalt:

- Einleitung
- Russlands Vorgehen gegen Tschetschenien und tschetschenische Flüchtlinge: Zwangsrückführung ins Kriegsgebiet bis Ende September 2002
- Deutschland hält an der Abschiebung tschetschenischer Flüchtlinge fest

Anlage:

- Aufruf des russischen Komitees für Bürgerlichen Beistand (Bürgerbeteiligung) der russischen Gesellschaft MEMORIAL "Verhindert die Abschiebung von Ismail Gilaschanow" vom 20.06.2002 (in Deutsch und Russisch)
- Presseberichte zur Abschiebung tschetschenischer Flüchtlinge aus Deutschland nach Russland
- zur Lage tschetschenischer Flüchtlinge in Inguschetien und Russland
- zur Lage in Tschetschenien

Wanda Wahnsiedler
IGFM-Sonderbereich Kaikassus/GUS

IGFM, Juli 2002

IGFM
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
IGFM-Deutsche Sektion e.V.
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main, Tel.: 069/42 01 08-0, Fax: 069/42 01 08-33
e-mail: cis@ishr.org, www.igfm.de

Einleitung

Ende Juni 2001, wenige Wochen nach Bundeskanzlers Moskau-Reise, hat das Bundesministerium des Innern den Entscheidungsstopp für Asylanträge und den Abschiebeschutz für die knapp 2000 tschetschenische Flüchtlinge aufgehoben, die vor dem seit dem 1.10.1999 andauernden Krieg nach Deutschland geflohen waren. Als Grundlage dieser Entscheidung diente ein interner "ad hoc"-Bericht des Auswärtigen Amtes vom April 2001. Laut Presseinformationen ging das Auswärtige Amt im Bericht davon aus, dass es für tschetschenische Flüchtlinge Fluchtalternativen in Russland bestünden, und sie im Falle der Abschiebung nach Russland keine Verfolgungsgefahr zu befürchten hätten, wenn sie "nicht im Zusammenhang mit den Freiheitsbestrebungen in Tschetschenien aufgefallen" sind. Berichte russischer Menschenrechtsorganisationen über die Diskriminierung und Verfolgung der Tschetschenen aus rassistischen und nationalen Gründen in Rußland blieben unberücksichtigt.

Kaum Beachtung fand auch der Bericht der **Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats** vom 13.11.2001, der feststellt, dass die Tschetschenen und andere kaukasische Minderheiten in der Russischen Föderation aus nationalen und rassistischen Gründen diskriminiert werden und Übergriffen der Ordnungsbehörden ausgesetzt sind.

Als Grundlage dieser Verfolgung dient nach Erkenntnissen der IGFM der ressortinterne Befehl Nr. 541 vom 17.09.1999 **"Über Massnahmen zur Beseitigung von Möglichkeiten der Durchführung von Terroranschlägen auf dem Territorium der Russischen Föderation"** des damaligen Innenministers Vladimir Rushailo (wurde am 29.3.2001 zum Sekretärs des Sicherheitsrats Russlands ernannt). Der Befehl, der der IGFM vorliegt, enthält genaue Anweisungen an die Ordnungsbehörden hinsichtlich der Behandlung der in Russland lebenden Personen tschetschenischer Volkszugehörigkeit. Obwohl Herr Rushailo die Existenz dieses Befehls abstreitet, hat der von Moskau eingesetzte Vizepremier Tschetscheniens, Bislan Gantamirow, 2001 mehrmals den Befehl offiziell bestätigt. Am 28.02. 2002, dem Tag der Armee, erinnerten russische Menschenrechtler erneut an die Existenz dieses Befehls und setzten ihn auf die Viktor-Popkov-Homepage: <http://viktorpopkov.narod.ru/novos/rushailo.htm>

Russlands Vorgehen gegen Tschetschenien und tschetschenische Flüchtlinge

Seit dem 11. September vergangenen Jahres hat sich die Lage der Zivilbevölkerung in Tschetschenien und die der tschetschenischen Flüchtlinge in Rußland immens verschlechtert. Seither vergeht kein Tag in Tschetschenien, ohne dass russische Sondertruppen "Säuberungen" in Ortschaften durchführen, marodieren, vergewaltigen, Menschen verschleppen, foltern und töten ¹⁾. Gleichzeitig wurden Maßnahmen gegen die tschetschenischen Flüchtlinge ergriffen. Das offensichtliche Ziel: Rückführung der Flüchtlinge, d.h. der Zeugen des Vorgehens russischer **"Todesschwadronen"** in Tschetschenien, in das von der Öffentlichkeit streng abgeschirmte Tschetschenien zurückzuführen.

- Am 16.10.2001 löste Präsident Putin per Erlass Nr. 1230 das Nationalitätenministerium auf und übergab das Migrationsressort in die Zuständigkeit des Innenministeriums, dessen Ordnungsbeamte und Truppen im Rotationsprinzip in Tschetschenien im Einsatz sind und sich für ihre Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung auszeichnen.
- Die an Tschetschenien grenzende russische Teilrepublik **Inguschetien**, die einzige Region der Russischen Föderation, die tschetschenische Kriegsflüchtlinge aufnahm, wurde seit Anfang 2002 immensen Druck ausgesetzt, um die Rückkehr der ca. 200 000 Flüchtlinge nach Tschetschenien zu erzwingen. Zu diesem Zweck stellte die russische Regierung Anfang 2002 die Versorgung der Flüchtlinge ein und verhängte das Verbot, Neuankömmlinge zu registrieren.

¹⁾ - So wurden z.B. während der sogenannten "Säuberung" neulich im Dorf Mesker-Jurt, die vom 21. Mai bis zum 11. Juni 2002 unter direktem Kommando des Oberbefehlshabers der russischen Truppen in Tschetschenien, General Moltenskoj, stattfand, mehrere Frauen und Mädchen vergewaltigt, 24 Dorfbewohner umgebracht, von acht weiteren fehlt nach Verschleppung jegliches Lebenszeichen.

- Am 28.04.2002 setzte Moskau auf eklatante Weise den Geheimdienstoffizier, **Murat Sjasikow**, als Präsidenten Inguschetiens durch. Bereits am nächsten Tag erklärte der für seine negative Haltung zu den Flüchtlingen bekannte Sjasikow, die Lösung des Problems mit den tschetschenischen Flüchtlingen zu seiner Hauptaufgabe. Anfang Mai setzte in Inguschetien die Zwangsrückführung der Flüchtlinge nach Tschetschenien ein.
- Mitte Mai 2002 wurden Teile der 58. Armee in Inguschetien in unmittelbaren Nähe der Flüchtlingslager und entlang der inguschetisch-tschetschenischen Grenze stationiert. Seit Ende Mai häuften sich Berichte über überfallartige "Säuberungs"-Aktionen in Flüchtlingslagern und Verschleppung von Flüchtlingen. (Mehrere Fälle sind der IGFM namentlich bekannt.) Aufgabe der an der Grenze stationierten Truppen ist, die vor dem russischen Terror aus Tschetschenien fliehenden Menschen am Übergang nach Inguschetien zu hindern.
- Am 29.05.2002 unterzeichneten Präsident Putins Kaukasus-Bevollmächtigte, General Viktor Kasanzew, der inguschetische Präsident Sjasikow und der von Moskau eingesetzte Verwaltungschef Tschetscheniens, Achmad Kadyrow, ein Memorandum über die Rückführung aller Flüchtlinge nach Tschetschenien bis Ende September 2002.

Auch vom Nachbarland Georgien erzwang Russland im Frühling 2002 durch Schüren ethnischer Konflikte und den Vorwurf, es beherberge Terroristen, die Bereitschaft, die dahin geflohenen 3680 tschetschenischen Flüchtlinge zurückzuführen.

Am 05.06.2002 hat die angesehene russische Menschenrechtsorganisation MEMORIAL einen detaillierten 99seitigen Bericht über die Diskriminierung und Verfolgung tschetschenischer Flüchtlinge in Russland veröffentlicht. Er ist in Russisch und auf der Homepage <http://regugees.memo.ru> zu finden. Mit konkreten Beispielen beweist MEMORIAL, daß immer wieder tschetschenische Flüchtlinge aufgrund manipulierter Verfahren zu Haftstrafen verurteilt wurden, daß ihnen entsprechend interner Anweisungen Aufenthaltsgenehmigungen verweigert werden, sie vertrieben oder von den Ordnungsbehörden so lange drangsaliert und terrorisiert werden, bis sie den Ort verlassen. Von den über 500 Tausend Menschen, die nach offiziellen Angaben seit Kriegsbeginn 1999 aus Tschetschenien nach Rußland geflohen waren, wurden nur 12,5 Tausend als Vertriebene anerkannt, von denen die überwiegende Mehrheit nicht-tschetschenischer Herkunft waren.

Den tschetschenischen Flüchtlingen verweigern russische Passbehörden die Verlängerung bzw. die Ausstellung von Personalausweisen und lassen sie in den Ort deportieren, der als Wohnsitz in ihrem Ausweis eingetragen ist, d.h. nach Tschetschenien. MEMORIAL weist ausdrücklich darauf hin, daß dies für jeden männlichen Tschetschenen praktisch einem Todesurteil gleichkommt. Ohne Personalausweis oder mit einem abgelaufenen ist er der elementarsten bürgerlichen Rechte beraubt und schutzlos der Willkür des russischen Militärs ausgeliefert.

Das Fazit der Organisation: ***"Ethnische Tschetschenen, die Rußland verlassen haben, fallen eindeutig unter Art. 1 der UN-Flüchtlingskonvention von 1951. Leider ist Rußland für sie kein Land, in dem oder in dessen einigen Regionen sie sich gefahrlos fühlen können"***. Auf der Pressekonferenz vom 5. Juni verglich Swetlana Gannuschkina, die Vorsitzende des MEMORIAL-Netzes "Migration und Recht", das Verhalten des russischen Staates gegenüber dem tschetschenischen Volk mit dem von Nazi-Deutschland zu den Juden.

Deutschland hält an der Abschiebung tschetschenischer Flüchtlinge fest

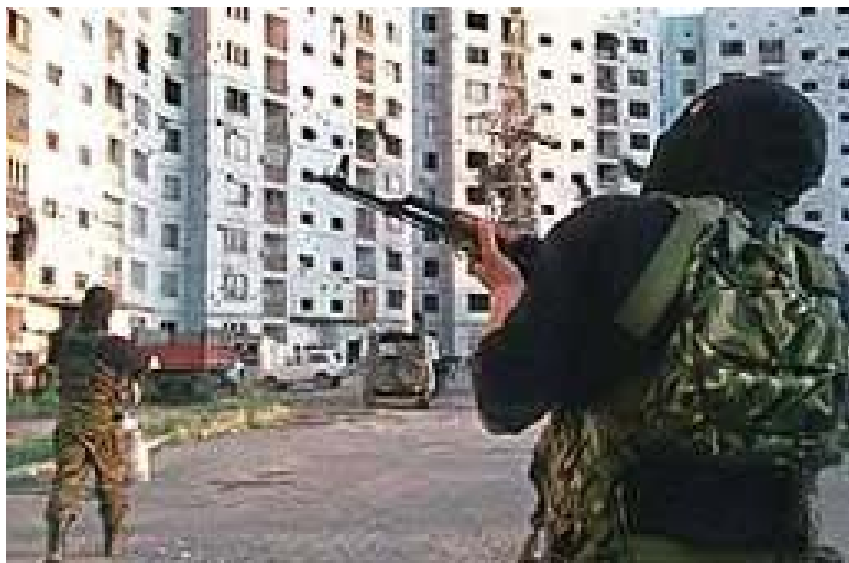
Allerdings hält die Bundesregierung an ihrer Abschiebep Praxis für tschetschenische Flüchtlinge fest, obwohl das Auswärtige Amt seinen neuen Lagebericht deutlich verschärft hat. Einzig das Berliner Abgeordnetenhaus hat auf die scharfe Kritik der Menschenrechtsorganisationen und den Lagebericht reagiert und Ende Mai 2002 einen Abschiebestopp beschlossen. Das wiederum wurde von Innenministern der Bundesländer während der Innenministerkonferenz Anfang Juni 2002 wegen seiner möglichen **"Sogwirkung"** kritisiert und als "rechtlich bedenklich" bezeichnet.

Am 20.06.2002 haben die russische Menschenrechtsorganisation MEMORIAL und das Komitee "Bürgerlicher Beistand" (Bürgerbeteiligung) in einem "Aufruf an deutsche Nichtregierungsorganisationen, Parteien, Kirchengemeinden, einfachen Bürger, Friedensgruppen, Flüchtlingsräte" appelliert, die Zwangsrückführung des tschetschenischen Flüchtlings, **Ismail Gilaschanow** (geb. 17.03.1980), aus München nach Russland zu verhindern. Eindringlich verwiesen die russischen Menschenrechtler darauf hin, dass Ismail Gilaschanows in Rußland wegen seiner tschetschenischen Volkszugehörigkeit an Leib und Leben gefährdet ist. So fehlt z.B. von dem tschetschenischen Flüchtling, **Temirlan Umarow** (geb. 05.02.1982), der am 4. Juni 2002 um 13:05 Uhr mit dem Flug SU 0122 von München nach Moskau abgeschoben wurde, bisher jegliche Spur. Weder Vertreter von MEMORIAL, die vergeblich am Flughafen auf ihn warteten, noch seine Verwandten in Moskau haben seitdem ein Lebenszeichen von ihm bekommen. (Anlage 1)

Die IGFM unterstützte den Appell am gleichen Tag mit einem Eilschreiben (per e-mail und Fax) an den bayerischen Innenminister, Dr. Günther Beckstein. Am nächsten Tag, dem 21.06.2002, erfuhren wir, dass Gilaschanow um 15:00 Uhr mit der Flugmaschine UN 308 nach Moskau abgeschoben wurde. Seitdem ist nichts mehr über ihn bekannt. Gleiches Schicksal droht mehreren tschetschenischen Flüchtlingen in Niedersachsen.

Im Gegensatz zur Politik, hat die Presse in Deutschland endlich ihre Sprache im Bezug auf Tschetschenien wiedergefunden. Nachfolgend eine Sammlung einiger Pressebeiträge aus dem Internet zum Problem der tschetschenischen Flüchtlinge in Deutschland und Inguschetien und aktuellen Lage in Tschetschenien. (Anlage 2)

*IGFM-Sonderbereich Kaukasus/GUS
Juli 2002*



Alltag in Grosnyj. Foto: CP, 2002

„KOMITEE BÜERGERBETEILIGUNG“
Regionale gemeinnützige Organisation für Flüchtlinge und Zwangsumsiedler
der Gesellschaft MEMORIAL

Moskau, 103030, Dolgorukovskaja 33, str. 6
T.: 007 / 095 / 973-54-74, Fax: 007 095 917-89-61
E-mail: sgannush@mtu-net.ru

Moskau, 20. Juni 2002

Aufruf
an deutsche Nichtregierungsorganisationen, Parteien, Kirchengemeinden,
einfachen Bürger, Friedensgruppen, Flüchtlingsräte

Verhindert die Abschiebung von Ismail Gilaschanow!

Wir wenden uns an Sie im Namen von zwei russischen Organisationen, die sich seit Ende der 80-er/Anfang der 90er Jahre mit dem Problem der Menschenrechte in der Sowjetunion und in Rußland beschäftigen. «Memorial» ist eine der ältesten Menschenrechtsorganisationen Rußlands und war u.a. von Andrej Sacharow und Sergej Kowaljow gegründet worden. Das «Komitee Bürgerbeteiligung» war die erste Nichtregierungsorganisation, die sich für die Belange von Flüchtlinge einsetzte.

Heute wenden wir uns an Euch, weil wir sehr besorgt sind über die Situation der tschetschenischen Flüchtlinge in Deutschland: Abschiebungen von Tschetschenen aus Deutschland nach Rußland nehmen zu.

Offensichtlich ist man in Deutschland nur ungenügend über die Situation von Tschetschenen informiert, die aus Tschetschenien geflohen sind und in Rußland leben. Es ist kaum bekannt, daß Tschetschenen nicht nur in Tschetschenien selbst zu leiden haben, wo ein grausamer und unmenschlicher Krieg stattfindet. In ganz Rußland werden Tschetschenen in sehr schlimmer Form diskriminiert.

Stellen Sie sich vor, ein Bewohner von München müßte sich, wollte er sich einige Tage in Düsseldorf aufhalten, bei den Behörden registrieren lassen.

Zu diesem Zweck muß er bei der Miliz erscheinen, eine Registrierung beantragen. Die Ausstellung dieser Registrierung dauert meistens länger als drei Tage. Ist der Antragssteller Tschetschene, erhält er in Rußland überhaupt keine Registrierung. Obwohl er die russische Staatsbürgerschaft besitzt. Vor diesem Hintergrund werden Tschetschenen in ihrem eigenen Land zu illegalen Migranten. In der Folge wird jede Überprüfung der Papiere durch die Miliz zu einer Qual. Ein Milizionär kann einen nicht registrierten Tschetschenen einsperren, ihm Geld abnehmen, seinen Paß zerreißen, oder wie häufig geschehen, ihm Drogen zustecken, um ihn anschließend wegen Drogenbesitz festzunehmen.

Hiervon ist JEDER TSCHETSCHENE bedroht, nicht nur die Tschetschenen, die für die Unabhängigkeit Tschetscheniens gekämpft haben.

In 99,9% der Fälle erhalten tschetschenische Binnenflüchtlinge, die unter den Bomben ihr ganzes Hab und Gut verloren haben, keinen Status als Binnenflüchtlinge (in der russischen Gesetzgebung den Status eines «Zwangsumsiedlers»). Ohne Status und Registrierung können sie keine Arbeit, keine Wohnung finden. Ihnen wird keine Rente ausbezahlt, sie erhalten keine medizinische Versorgung. Sie können sich verlorengegangene Dokumente nicht wiederbeschaffen. Derzeit werden die alten Pässe durch neue ersetzt. Doch Tschetschenen haben keine Möglichkeit, an einem Wohnort in Rußland einen neuen Paß zu erhalten. Von der Miliz werden Tschetschenen verfolgt, weil sie keinen gültigen

Papiere haben. Die Behörden verlangen von ihnen, nach Tschetschenien zurückzufahren. Nur dort vor Ort, so die Behörden, könnten sie neue, gültige Papiere erhalten. Doch eine Reise nach Tschetschenien ist lebensgefährlich. Wir wissen von Fällen, in denen Tschetschenen, die sich nach Tschetschenien aufmachten, um gültige Papiere zu bekommen, überhaupt nicht mehr zurückgekehrt sind, in Filtrationslager kamen und dort unter Folter ums Leben gekommen sind.

In Deutschland muß man verstehen, daß die Abschiebung eines Tschetschenen nach Moskau letztendlich eine Kettenabschiebung nach Tschetschenien ist.

Am 4. Juni 2002 war der Tschetschene *Tamirlan Umarow* (*) von München nach Moskau **abgeschoben** worden. Bereits vorab hatten wir mit ihm vereinbart, daß wir ihn am Flughafen abholen werden. Wir hatten ihm unsere Telefonnummer zukommen lassen, unsere Mitarbeiterin war eigens zum Flughafen gefahren. Doch kaum hatte er das Land betreten, verlieren sich seine Spuren. **Seit dem 4. Juni haben wir nichts mehr von ihm gehört.**

Am 17. Juni 2002 sollte der Tschetschene *Ismail Gilaschanow* (*) aus München abgeschoben werden. Buchstäblich im letzten Augenblick wurde die Abschiebung abgesagt, weil sich Herr Gilaschanow wehrte und man auf eine Abschiebung mit Zwang nicht vorbereitet war. Doch wir befürchten, daß Herr Gilaschanow noch im Juni abgeschoben wird, dieses mal mit Zwangsmaßnahmen.

**Vor diesem Hintergrund wenden wir uns alle Menschen in Deutschland:
Setzen Sie sich bei ihren Behörden gegen die Abschiebung von Ismail Gilaschanow ein.
Schreiben Sie an den**

Innenminister von Bayern, Herrn Dr. Günther Beckstein,
Bayerisches Staatsministerium des Inneren
Odeonsplatz 3
80539 München
Fax. 089 / 2192 1 2225

und das

Landratsamt Augsburg
Prinzregentenplatz 4
86150 Augsburg
Fax: 0821/3102 209

und bitten Sie um den Stop der Abschiebung.

Hochachtungsvoll

Oleg Orlov

Voritzender des Menschenrechtszentrums «Memorial»

Svetlana Gannuschkina

Vorsitzende des «Komitees Bürgerbeteiligung» und Vorstandsmitglied
des Menschenrechtszentrums «Memorial»

* Wir haben uns entschieden, die tatsächlichen Namen in diesem offenen Brief zu verwenden, da ein Bekanntheitsgrad für die Betroffenen einen gewissen Schutz darstellt.

“ГРАЖДАНСКОЕ СОДЕЙСТВИЕ”
Региональная общественная благотворительная организация помощи
беженцам и вынужденным переселенцам
ПЦ «Мемориал»
Москва, 103030, Долгоруковская 33, стр.6, тел. 973-54-74, факс 917-89-61
E-mail: sgannush@mtu-net.ru

Москва, 20. Июня 2002

Обращение
к немецким неправительственным организациям, партиям,
церковным общинам, простым людям, группам движения за мир,
советам беженцев

Предотвратите депортацию Исмаила Гиласханова!

Мы от имени двух российских организаций, которые с конца 80-х, начала 90-х занимаемся проблемами соблюдения прав человек в Советском Союзе и России, обращаемся к Вам. «Мемориал» одна из старших правозащитных организаций в России и был создан в т.ч. Андреем Сахаровым и Сергеем Ковалевым. «Гражданское Содействие» была первой неправительственной организацией, которая начала помогать беженцам в России.

Сегодня мы обращаемся к Вам, потому что нас волнует ситуация с чеченскими беженцами в Германии и участвовавшие случаи их депортации в Россию.

Нам кажется, что в Германии мало известно положение чеченцев в России вне территории Чечни и их грубая дискриминация по всей России, а не только в Чечне, где идет жестокая и бесчеловечная война.

Представьте себя, что житель города Мюнхена должен регистрироваться, когда он хочет несколько дней прожить в городе Дюссельдорф. Для этого ему необходимо явиться в отделение милиции и получить регистрацию, на оформление которой уходит не менее трех дней. Но если он чеченец, то не получает регистрации и превратится в нелегального мигранта у себя на родине, т.е. в стране своего гражданства – в России. Он станет постоянной жертвой каждого встречного милиционера, который может заключить его за решетку, отобрать деньги, порвать паспорт, а в худшем случае, подложить в карман наркотик и привлечь за это к уголовной ответственности.

Это грозит КАЖДОМУ ЧЕЧЕНЦУ, а не тем, кто вступил в отряды борцов за независимость Чечни.

В 99,9 % случаев чеченцы, потерявшие все под бомбами и артиллерийским обстрелами, не получают статуса вынужденных переселенцев, а, следовательно, никакой государственной помощи. Без статуса и регистрации они не могут найти работу, жилье, получать пенсии и медицинское обслуживание. Они не могут восстановить пропавшие документы и получить паспорта, замена которых сейчас идет по всей России. Милиция преследует их за отсутствие документов, требует, чтобы чеченцы ехали за ними в Чечню, где их жизни ежеминутно угрожает опасность. Есть случаи, когда выполнившие это требование чеченцы были тяжело ранены или не вернулись вовсе, попав в фильтрационные лагеря и окончив там жизнь под пытками.

Германия должна понять, что, в конечном итоге, депортация чеченца в Москву, это аналог цепной депортации, заставляющей чеченцев вернуться в Чечню.

4 июня из Мюнхена в Москву был депортирован Чеченец **Тамирлан Умаров(*)**. Мы заранее с ним договорились, что мы его встретим, дали телефоны нашей организации, наша сотрудница его ждала в аэропорту. Но человек сразу после пересечения границы исчез.

17 июня была запланирована депортация чеченца **Исмаил Гиласханов(*)**. Буквально в последний момент депортация не состоялась, поскольку господин Гиласханов сопротивлялся и полиция не была подготовлена насильственно его депортировать. Но мы опасаемся, что еще в июня депортация Исмаила Гиласханова состоится – сей раз с насилием.

Поэтому призываем всех граждан ФРГ:

Пожалуйста, обратитесь к министру внутренних дел земли Бавария, господину Беккштейну с просьбой остановить депортацию. Пошлите свои письма с просьбой об отмене депортации в окружное управление города Аугсбург по адресу:

Innenminister von Bayern, Herrn Dr. Guenther Beckstein,
Bayerisches Staatsministerium des Inneren
Odeonsplatz 3,
80539 Muenchen
Fax. 089 / 2192 1 2225

und das

Landratsamt Augsburg
Prinzregentenplatz 4
86150 Augsburg
Fax: 0821/3102 209.

С уважением

Председатель ПЦ «Мемориал»
Олег Орлов

Член совета ПЦ «Мемориал»,
Председатель Комитета «Гражданское содействие»
Светлана Ганнушкина

* Мы решили публиковать его имя и фамилию, поскольку нам кажется, что известность может быть определенной защита.

Presseberichte zur Abschiebung tschetschenischer Flüchtlinge aus Deutschland nach Russland

Bund sieht Tschetschenen stärker bedroht **Auswärtiges Amt verbessert Schutzrechte für Flüchtlinge und riskiert Streit mit Putin** von Richard Meng, Frankfurter Rundschau, 10.05.2002

Politisch engagierte Tschetschenen haben es künftig leichter, in Deutschland Asyl zu erhalten. Das Auswärtige Amt hat seinen Bericht über die Bedrohungslage der in russischen Städten lebenden Tschetschenen verschärft und stärkt damit die Anerkennungschancen von tschetschenischen Asylbewerbern. Die Menschenrechtslage in Tschetschenien selbst wird als weiterhin sehr kritisch bewertet.

BERLIN, 9. Mai. Im neuen Lagebericht des Außenministeriums, der in diesen Tagen an Gerichte mit anhängigen Asylfällen verschickt werden soll, wird nach FR-Informationen erstmals deutlich auf ein erhöhtes Risiko für die rund 600 000 Tschetschenen verwiesen, die außerhalb ihrer Heimatregion in Russland oder anderen ehemaligen GUS-Staaten leben. Auch von bürokratischen Schikanen und Behördenwillkür sowie von latentem Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Teilen der russischen Bevölkerung ist die Rede - Auswüchse, die sich seit den Attentaten in den USA vom 11. September 2001 noch verstärkt gegen Tschetschenen richteten.

Tschetschenen seien besonders dann Schikanen und Repression ausgesetzt, wenn sie sich öffentlich für die Unabhängigkeit Tschetscheniens engagiert haben, so der Lagebericht. Die rechtliche Abwägung, welche Asylbewerber deshalb bei einer Abschiebung konkret bedroht wären, bleibt allerdings dem Urteil der Asyl-Entscheider und Gerichte überlassen. Deren bislang häufig bei Ablehnungen angewendete Argumentation, es gebe in Russland eine "innerstaatliche Fluchtalternative", wird nicht grundsätzlich verneint.

Der Neufassung des vertraulichen Lageberichts, dessen Formulierungen üblicherweise die wichtigste allgemeine Informationsgrundlage für die Asyl-Entscheidungen sind, ging eine längere Abwägung voraus. Das Auswärtige Amt wollte einerseits die guten Beziehungen zum russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht belasten, aber zugleich den Schutz tschetschenischer Flüchtlinge verbessern.

Nach einem vorübergehenden Entscheidungsstopp wird seit 2001 wieder über Asylanträge von Tschetschenen geurteilt. Amnesty International (AI) wirft dem Bundesinnenministerium vor, die Asyl-Entscheider mit dem Argument der "innerstaatlichen Fluchtalternative" zur Ablehnung zu drängen.

Im Vorjahr wurden von 1921 beschiedenen Anträgen 1238 abgelehnt, in den ersten beiden Monaten 2002 wurden 395 von 509 Anträgen abschlägig beschieden. Neue Urteile von Obergerichten nach Ende des Entscheidungsstopps gibt es noch nicht. Konkrete Abschiebungen wurden nur vereinzelt bekannt.

In einem aktuellen Berliner Fall gab es in dieser Woche kurzfristig Abschiebe-Aufschub, und Innensenator Ehrhart Körting (SPD) setzte gegenüber den abschiebebereiten Ausländerbehörden die Erstellung eines Gutachtens zur Reisefähigkeit des betroffenen Mannes durch, der sich im Hungerstreik befindet.

AI wertete den verschärften Lagebericht als Fortschritt, der aber nicht reiche. Amnesty lehnt jede Abschiebung von Tschetschenen nach Moskau ab (dort enden die dazu genutzten Linienflüge), weil Betroffene bei russischen Behörden automatisch unter Terrorverdacht stünden. Der neue Lagebericht stützt diese These teilweise: Nach Moskau ausgewiesene Tschetschenen hätten in der Regel nur eine Chance, in der Stadt Aufnahme zu finden, wenn sie auf ein Netzwerk von Bekannten zurückgreifen könnten. Die in Russland verfassungsrechtlich garantierte Freizügigkeit werde für Moskau faktisch eingeschränkt. Andererseits heißt es, dem Auswärtigen Amt seien keine Fälle bekannt, in denen allein das Stellen eines Asylantrags im Ausland bei der Rückkehr zu staatlicher Verfolgung geführt habe.

Rückwärts nimmer Rot-Rote Abschiebungspraxis: Ein Tschetschene soll nach Moskau, obwohl ihm dort Folter droht

Von Constanze v. Bullion, Süddeutsche Zeitung, 13.05.2002

Eine halbe Stunde hält er durch, dann knickt er vornüber. Legt den Kopf auf die verschränkten Arme, schließt die Augen, als wollte er einschlafen auf diesem verkratzten Holzbrett, ganz dicht an der Scheibe, die ihn vom Leben da draußen trennt. Michail Sochov, der in Wirklichkeit einen anderen Namen hat, sitzt in Besucherzelle 09 des Abschiebegewahrsams Berlin-Köpenick, zwischen kahlen Wänden, die mit Liebesschwüren und Flüchen bekritzelt sind. Rundum hört man Besucher in allen Sprachen quasseln, in Zelle 09 aber ist es still. Häftling Nummer 1482 will nicht weiter sprechen. „Angst“, sagt er irgendwann. „Ich kriege wirklich Probleme, wenn ich das alles erzähle.“

Ein schmaler, ziemlich bleicher Jüngling kauert da auf der anderen Seite der Glasscheibe, einer, der leise spricht und zum Theaterspiel eher unbegabt scheint. Michail Sochov ist 20 Jahre alt, Kriegsflüchtling aus Tschetschenien und kam letztes Jahr auf einem Lastwagen nach Berlin. Seinen echten Namen will er nicht in der Zeitung sehen, Menschenrechtsorganisationen und der Berliner Senat kennen ihn ohnehin. Der Abschiebehäftling verweigert seit zwölf Tagen das Essen und trinkt nur das Nötigste. 16 Kilogramm hat er hier abgenommen. „Lieber sterbe ich hier als dort“, sagt er. Es klingt eher kraftlos als heroisch.

Der Innensenator windet sich

Sochov soll nach Moskau abgeschoben werden, sein Asylantrag wurde als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt. Weil Gutachter ihm jedoch ein Kriegstrauma und Selbstmordabsichten attestierten, hat das Verwaltungsgericht die Entscheidung ausgesetzt. Und Berlins rot-rote Politiker, die vor der Wahl noch eine liberalere Abschiebepolitik forderten, winden sich.

„Nach Tschetschenien wird keiner zurückgeschickt“, versichert **Innensenator Ehrhart Körting** (SPD), der den Fall am heutigen Montag im Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses diskutieren will. Körting weiß, dass der Abschiebestopp für Tschetschenen aufgehoben ist und in Berlin nun ein bundesweites Exempel statuiert wird. Zum Fall Sochov will der Senator nichts sagen, er verweist auf die Berliner Rechtsprechung, die Abschiebungen nach Tschetschenien wegen anhaltender Menschenrechtsverletzung ausschließt. Wer dagegen nach Moskau zurückgeschickt werde, habe „inländische Fluchtalternativen“, er müsse nur mit „bürokratischen Hindernissen“ rechnen, die aber „nicht mit Verfolgung gleichzusetzen“ seien.

Bundestagsabgeordnete und Menschenrechtsaktivisten sehen das anders. In einem „Urgent-Action-Appell“ warnt Amnesty International vor der Abschiebung des Tschetschenen nach Moskau, wo für ihn „ein ernstes Risiko von Folter und Misshandlung“ bestehe. Erst kürzlich wurde Sochovs tschetschenischer Zellengenosse in einer Nacht-und-Nebelaktion nach Moskau ausgeflogen, gehört hat man seither nichts mehr von ihm. Weshalb auch die mitregierende PDS leise protestiert. Nun soll ein unabhängiger Arzt ein weiteres Gutachten für Sochov erstellen. „Wenn in einem Einzelfall Suizidgefahr festgestellt würde, wäre dies ein dringender Grund, vorerst von einer Abschiebung abzusehen“, sagt der Innensenator. Anderenfalls seien ihm derzeit die Hände gebunden, leider.

In Zeiten des Wahlkampfs gibt es eben Dringlicheres als das Schicksal von Michail Sochov, den Beamte am 11. April in einem Asylbewerberheim aufsuchten. Er nimmt ihnen das nicht persönlich übel. „Die sind ganz in Ordnung“, sagt er und zeigt auf die Herren in Grün, die vor den Gittern patrouillieren. Sochov hat üblere Uniformierte kennen gelernt, 1993 in Grosny, wo er den ersten Tschetschenienkrieg mit seiner Mutter in einem Keller überstand. Ständig holte die russische Armee junge Männer aus dem Versteck, in dem sie Unabhängigkeitskämpfer vermutete. Als die Bombardements aufhörten, hatte Sochov genug Gewalt gesehen, um vom unpolitischen 12-Jährigen zum tschetschenischen Patrioten zu werden.

Bis heute aber klingt es irgendwie auswendig gelernt, wenn er über den Unabhängigkeitskampf spricht. „Um Freiheit, um unser Land“ gehe es da. „Hass“ sagt Sochov, wenn er nach den Russen gefragt wird – und korrigiert sich gleich. Eigentlich mag er den Russen, mit dem er jetzt in einer Sechsmann-Zelle sitzt. „Ich habe nichts gegen Zivilisten, sondern gegen diese Armee.“ Diese Armee griff 1999, nach Terroranschlägen in Moskau, erneut die Kaukasusrepublik Tschetschenien an. Und irgendwann, als Michail Sochov „diese ganzen toten Leute, ohne Arme ohne Beine, die heulenden Mütter“ sah, die ihn bis heute im Traum heimsuchen, fasste er einen Entschluss.

In diesem Moment bricht das Gespräch in der Besucherzelle ab. Sochov schüttelt den Kopf, sackt zusammen. Was 1999 geschah, berichtete er den deutschen Behörden in seinem zweiten Asylverfahren. Es ist akribisch in seiner Akte dokumentiert, ihr Inhalt aber soll nicht an die Öffentlichkeit dringen. Nicht, weil Verbrechen darin beschrieben wären, sondern weil in Moskau jeder Hinweis auf Rebellentum gegen Sochov verwendet werden

kann. Der junge Mann ist in fast auswegloser Lage: Erzählt er öffentlich, er habe gegen die Russen gekämpft, wächst seine Chance auf Asyl. Kommt es aber doch zur Abschiebung, müsste er Misshandlung befürchten. „Ich wurde in diesen Krieg verwickelt, aber ich habe doch niemanden umgebracht“, sagt er. Mehr mag er nicht erzählen. „Ich habe Familie zu Hause.“

Verhaftung gleich am Flughafen

Es ist einfach zu behaupten, Sochov könnte ohne weiteres nach Russland zurückkehren. So eindeutig aber ist die Lage keineswegs. „In Moskau wird der Mann höchstwahrscheinlich am Flughafen verhaftet“, sagt **Rachel Denber**. Sie ist bei Human Rights Watch in New York für Zentralasien zuständig und warnt vor „gezielter Diskriminierung und Verfolgung“ von Tschetschenen in Russland. Systematisch werde ihnen die Aufenthaltsgenehmigung verweigert, ohne die man in Städten wie Moskau nicht bleiben kann. „Wer kein Schmiergeld zahlt, wird oft misshandelt und ist gezwungen, nach Tschetschenien zurückzukehren.“

Was dort Menschen blüht, die der Rebellion verdächtigt werden, dokumentierte Amnesty International 2001 in einem Bericht, der von Folter durch „Schläge, Elektroschocks und brennenden Zigaretten“ spricht. Bis zu 18000 Tschetschenen gelten als „verschwunden“. Laut UN- Flüchtlingshilfswerk besserte sich die Lage seither etwas, die Menschenrechtsverletzungen aber halten an. „Es besteht besondere Gefahr für Personen, die sich in der Tschetschenienfrage engagiert haben“, sagt auch **Ludger Volmer**. Der grüne Staatsminister im Auswärtigen Amt verschickt dieser Tage einen neuen Lagebericht zu Tschetschenien und warnt den Berliner Senat vor voreiligen Entscheidungen.

Ob das reicht, um Michail Sochov vor der Abschiebung zu bewahren, ist ungewiss. In Grosny suchen sie ihn jetzt als Wehrdienstverweigerer, an Rückkehr mag er gar nicht denken. „Ich will einfach leben“, sagt er. „Oder gar nichts.“ Dann steht er auf und ist verschwunden.

Nickels begrüßt Abschiebestopp für tschetschenische Flüchtlinge

Deutscher Bundestag, Pressemitteilung, Freitag, 31. Mai 2002 11:22

Die Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, **Christa Nickels**, MdB, bezeichnet den Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses zum Abschiebestopp für tschetschenische Flüchtlinge als "großen Erfolg und einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung". Die Ausschussvorsitzende setzt in diesem Zusammenhang auf eine Signalwirkung für eine gleichlautende Entscheidung der Innenministerkonferenz.

Nickels hatte sich zuvor im Namen des Ausschusses in einem Schreiben an den Berliner Innensenator Körting für einen generellen Abschiebestopp ausgesprochen, der solange gelten solle, wie die Bürgerkriegssituation in Tschetschenien in ihrer derzeitigen Intensität anhält.

Der Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe hat in seiner letzten Sitzung am 15. Mai 2002 erhebliche Zweifel am Bestehen einer akzeptablen inländischen Fluchtalternative geäußert und eine Prüfung hinsichtlich des Bestehens einer inländischen Fluchtalternative in jedem Einzelfall für unbedingt erforderlich erachtet.

Herausgeber: Deutscher Bundestag
PZ 1 - Referat Presse/Rundfunk/Fernsehen
Wilhelmstraße 65, 11011 Berlin
Fernruf: (030) 227-37171, Fax: (030) 227-36192

Deutschland

"Ich bliebe gern im Amt"

Thüringer Allgemeine, 03.06.2002

- Auszug -

Beim Thüringen-Forum im Erfurter Rathausfestsaal stellte sich **Bundesaußenminister Joseph Fischer** gestern Abend reichlich zwei Stunden lang den Fragen der Leser dieser Zeitung - und gab dabei auch Auskunft über die Politik von Rot-Grün, seine Zukunft als Vizekanzler und seine Rolle als Vermittler im Nahost-Konflikt. Auszüge aus dieser Gesprächsrunde: ...

- **Wie ist Ihre Meinung zu Tschetschenien - vorher galt er als Krieg gegen die Menschenrechte, jetzt ist es ein Krieg gegen den Terror?**

- Auch die russische Seite hat Belege für grausame Verbrechen von Islamisten. Diese Verbrechen, rechtfertigen nur den Kampf gegen den Terrorismus, nicht gegen ein ganzes Land. Ich bin allerdings der festen Überzeugung, dass nur eine politische Lösung diesen Konflikt beenden kann. Das weiß auch die russische Führung. Es ist ein Konflikt mit Wurzeln bis ins 19. Jahrhundert, als Tschetschenien im Kampf gegen den Zaren einen furchtbaren Blutzoll zahlen musste. Im übrigen gibt es engagierte Organisationen wie Memorial, die Menschenrechtsverletzungen verfolgen und zur Anklage bringen. In der Frage der Menschenrechte darf es keinen Antiterrorrabatt geben. Aber es geht um die menschlichen Grundwerte, die von den Terroristen angegriffen werden.

Menschenrechtsausschuss

Abschiebestopp für Tschetschenen gefordert

Frankfurter Rundschau, 06.06.2002 (Auszug)

BERLIN, 5. Juni (kna). Der Menschenrechtsausschuss des Bundestages hat einen Abschiebestopp für Tschetschenen in die Russische Föderation gefordert. In einem am Mittwoch in Berlin veröffentlichten Schreiben an die Konferenz der Innenminister und -Senatoren von Bund und Ländern verlangte die Ausschussvorsitzende **Christa Nickels** (Bündnisgrüne) gleichzeitig, die Abschiebung von Minderheitsangehörigen und Jugendlichen nach Ex-Jugoslawien auszusetzen. Der Abschiebestopp solle so lange bestehen bleiben, wie die instabile Lage in diesen Ländern anhalte. Die Minister und Senatoren tagen an diesem Mittwoch und Donnerstag in Bremerhaven. Nickels verwies auf die **Gefahrenlage in Tschetschenien sowie fehlende Fluchialternativen im Inland**. ...

Kritik an Berliner Abschiebe-Stopp für Tschetschenen

Innenpolitiker befürchten Sogwirkung auf kriminelle Russen.

Berlin will abgelehnte Asylbewerber nicht zurückschicken

Von Martina Fietz, WELT am SONNTAG, 09.06.2002

Berlin - Die Entscheidung des rot-roten Senats in Berlin, abgelehnte Asylbewerber aus Tschetschenien nicht abzuschieben, stößt auf massive Kritik. Der Vorsitzende der Innenminister-Konferenz, **Bremens Senator Kuno Böse**, befürchtet, dass die Hauptstadt damit eine ungewollte Sogwirkung entwickelt: "Die Gefahr, dass nun tschetschenische Flüchtlinge aus dem übrigen Bundesgebiet nach Berlin ziehen, ist nach den Erfahrungen der Vergangenheit nicht von der Hand zu weisen. Diese Gefahr besteht, obwohl Asylbewerber einer räumlichen Beschränkung unterliegen. Denn diese wird häufig nicht eingehalten", sagte der CDU-Politiker WELT am SONNTAG.

Nach dem Ausländergesetz sei es zwar jedem Bundesland überlassen, die Abschiebung von bestimmten Ausländergruppen für die Dauer von sechs Monaten auszusetzen. Allerdings hatte selbst die von **Senator Ehrhart Körting** (SPD) geführte Innenbehörde in einem internen Vermerk gewarnt: "Aus fachlicher Sicht bestehen gegen den Beschluss Bedenken, sowohl rechtlicher als auch tatsächlicher Art."

Als rechtlich bedenklich gilt es, den Abschiebe-Stopp regional zu begrenzen. Abschiebungen beziehen sich nach dem Ausländergesetz in der Regel auf einen Staat, nicht auf eine Region. Tatsächliche Schwierigkeiten sieht die Innenbehörde in ihrem Vermerk zum einen darin, dass sich die tschetschenische Herkunft einer Person nicht einwandfrei klären lässt, da - wenn überhaupt - nur ein russischer Pass vorliegt. Die Folge könnte sein, "dass sich künftig alle illegalen Russen als Tschetschenen bezeichnen werden".

Als problematisch gilt außerdem ein Detail in dem auch von den Grünen mitgetragenen rot-roten Beschluss. Dieser sieht vor, dass Tschetschenen dann nicht abgeschoben werden, wenn sie in der Russischen Föderation keine Verwandten haben, die ihnen außerhalb von Tschetschenien Unterkunft gewähren könnten. In der Innenverwaltung wird nun eine "Flut von Anträgen auf Abschiebeschutz unter Berufung auf den Gleichbehandlungsgrundsatz" befürchtet.

Der **Berliner CDU-Abgeordnete Roland Gewalt** nennt die Regelung "hochgradig gefährlich: Wieder einmal geht Berlin einen Alleingang und wieder ist die Sogwirkung nicht abzuschätzen."

Fischer warnt vor Aushebelung der Grundrechte im Anti-Terror-Kampf

Financial Times - Deutschland, 07.06.2002

- Auszug -

Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus dürfen die Menschenrechte nach Worten von Außenminister Joschka Fischer (Grüne) auf keinen Fall ausgehebelt werden. Er verteidigte die Abkehr von der Politik des "kritischen Dialogs" der Vorgängerregierung, mit der Defizite bei den Menschenrechten oft verhüllt worden seien.

"Es darf keinen Anti-Terrorabbau geben", sagte Fischer am Freitag bei der Vorstellung des sechsten Berichts der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik. "Es wäre ein inakzeptabler erster Sieg des internationalen Terrorismus, wenn wir im Kampf gegen ihn die Grundwerte aufgeben." Fischer prangerte unter anderem Verletzungen der Menschenrechte in China und Russlands Feldzug in Tschetschenien an. Der Minister sagte, weltweit gebe es weiterhin "erschütternde Menschenrechtsverletzungen".

Wer Frieden und Stabilität im 21. Jahrhundert wolle, dürfe aber Menschenrechte nicht als "Sonntagsproblem" sehen. Die Menschenrechte könnten nicht immer dann in den Hintergrund rücken, wenn die Stunde angeblich wichtigerer Themen wie der Sicherheitspolitik oder der Terrorismusbekämpfung schlage. Weltweit sei die universelle Gültigkeit der Menschenrechte noch lange nicht von allen Staaten akzeptiert, sagte Fischer.

Immer wieder gebe es Versuche, individuelle Rechte zu relativieren oder sie unter den Vorbehalt von Ideologien, Religionen oder kulturellen Eigenheiten zu stellen. Fischer räumte ein, dass Menschenrechtspolitik sich immer im "Spannungsverhältnis zwischen Prinzipien und den Notwendigkeiten und Unzulänglichkeiten der Politik" befinde. Sanktionen bezeichnete er als wichtiges Instrument, das aber sorgfältig im konkreten Fall angewandt werden müsse. Sanktionen gegen Israel wegen seines Vorgehens in den Palästinensergebieten lehnte Fischer erneut ab. ...

Fischer forderte ein Ende des "inakzeptablen Vorgehens" der russischen Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung in der abtrünnigen Kaukasus-Republik **Tschetschenien**. Für die Entwicklung eines demokratischen Russlands sei es von entscheidender Bedeutung, dass eine politische Lösung gefunden werde. Es gebe in der Tschetschenien-Frage keine Unterschiede zwischen ihm und Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), betonte er. Schröder hatte im vergangenen September eine Neubewertung des Tschetschenien-Konflikts gefordert. ...

In dem Bericht wird die mangelnde Umsetzung der in der Verfassung garantierten Grundrechte der Menschen in Russland kritisiert. ...

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hatte vergangene Woche kritisiert, dass die Bundesregierung China und Russland nur sehr vorsichtig kritisiere, weil die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in diesen Ländern groß seien. Positiv hatte Amnesty bewertet, dass es seit Ende 1998 einen Menschenrechtsbeauftragten im Auswärtigen Amt gibt.

Armeen Russlands und Deutschlands bauen Zusammenarbeit aus Gemeinsame Ausbildung von Soldaten

Mannheimer Morgen, 10.06.2002

- Auszug -

Boppard. (dpa) Beflügelt von Russlands neuer Rolle in der NATO wollen die Armeen in Deutschland und Russland künftig vor allem ihre militärisch-fliegerische Zusammenarbeit ausbauen. Die Ausbildung von Soldaten und die Kooperation bei der technischen Entwicklung neuer Transport- und Tankflugzeuge seien beispielhaft für die Beziehungen beider Länder, betonten Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) und sein Amtskollege Sergej Iwanow am Sonntag im rheinland-pfälzischen Boppard.

Deutschland sei ein wichtiger Partner Russlands zum Beispiel beim Ausbau militärischer Infrastruktur, aber auch bei der Ausbildung von Fachkräften wie Ingenieuren und Militärärzten, sagte Iwanow. Er hielt sich zu einem **zweitägigen Freundschaftsbesuch in Scharpings Heimat** auf. Der Ost-West-Konflikt ist nach den Worten Scharpings auf dem "Müllhaufen der Geschichte" gelandet. Die internationale Herausforderung konzentriere sich heute vielmehr auf die Nord-Süd-Achse, auf den Einsatz von Friedenstruppen und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eröffnet

Saarbrücker Zeitung, 10.07.2002

Nürnberg/Berlin (ap). Bundesinnenminister Otto Schily hat am Dienstag in Nürnberg den Startschuss für die Arbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) gegeben und damit erste Teile des neuen Zuwanderungsgesetzes verwirklicht. Das Bamf (2200 Beschäftigte) übernimmt die Aufgaben des bisherigen Nürnberger Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und ist verantwortlich für die Einwanderung ausländischer Fachkräfte und die Integration von Ausländern.

Flüchtlinge aus Tschetschenien sollen zurück

Proteste gegen den Vertreter Moskaus in Grosny

Katja Tichomirowa, Berliner Zeitung, 26.06.2002

BERLIN, 25. Juni. Es war eine außergewöhnliche lautstarke Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Das Erscheinen des Leiters der russischen Administration in Tschetschenien, Achmed-Hadschi Kadyrow, sorgte schon vor dem Gebäude in der Rauchstraße am Dienstagabend für Erregung. Die Deutsch-Kaukasische Gesellschaft hatte zu einer Protestveranstaltung aufgerufen und 50 tschetschenische Flüchtlinge erwarteten den Gast mit Transparenten, auf denen sie ein Ende des Völkermords in Tschetschenien forderten.

Dass die Demonstranten Kadyrow für einen Stadthalter Moskaus in Tschetschenien halten, machten sie im Anschluss an den Vortrag Kadyrows lautstark deutlich. Für sie ist das ehemalige geistliche Oberhaupt der Tschetschenen mitverantwortlich für die noch immer zahlreichen Übergriffe russischer Militärs auf tschetschenische Zivilisten. Kadyrow war vor zwei Jahren vom russischen Präsidenten Wladimir Putin zum Chef der Administration in Grosny bestellt worden. Russische Truppen hatten die nach Unabhängigkeit strebende Teilrepublik im September 1999 wieder eingenommen, nachdem tschetschenische Rebellen einen Monat zuvor in die Nachbarrepublik Dagestan eingedrungen waren.

Der Tschetschene Kadyrow hatte während des ersten Tschetschenienkriegs (1991 bis 1996) an der Seite des gewählten Präsidenten Aslan Maschadow für die Unabhängigkeit Tschetscheniens gekämpft und war von ihm zum Obermufti, dem Oberhaupt aller tschetschenischen Muslime, ernannt worden. Im Mai 1999 kam es zum Bruch mit Maschadow, nachdem Kadyrow ihm vorgeworfen hatte, nicht entschlossen genug gegen militante islamische Fundamentalisten und marodierende Feldkommandeure vorgegangen zu sein.

Präsident Putin hatte sich von der Ernennung Kadyrows zum Leiter der Administration in Tschetschenien offenbar eine größere Unterstützung der Bevölkerung für die russischen Interessen in der Teilrepublik versprochen. Ein Wunsch, der sich nicht erfüllt hat. Offiziell ist Kadyrow mit der Organisation des Wiederaufbaus der in zwei Kriegen völlig zerstörten Infrastruktur Tschetscheniens betraut. In den vergangenen zwei Jahren seien auf diesem Gebiet Fortschritte erzielt worden, erklärte Kadyrow in seinem Vortrag. Schulen, Krankenhäuser und Universitäten seien wieder eröffnet worden. Das Bild, das Kadyrow von der Lage in Tschetschenien zeichnete, gab den im Exil lebenden tschetschenischen Teilnehmern der Veranstaltung Anlass zu heftigen Protesten.

Hintergrund der Auseinandersetzung ist eine Vereinbarung Kadyrows mit dem inguschetischen Präsidenten Sjasikow, der die Rückführung tschetschenischer Flüchtlinge aus der Nachbarrepublik Inguschetien vorsieht. Die Sicherheitslage erlaube eine Wiederansiedlung der Kriegsflüchtlinge, so Kadyrow. Eine Einschätzung, die weder die tschetschenischen Teilnehmer noch die anwesende Vertreterin der Hilfsorganisation "Ärzte ohne Grenzen" teilen mochten.

Presseberichte zur Lage tschetschenischer Flüchtlinge in Inguschetien und Russland

"Hier sterben wir einen langsamen Tod" **Die tschetschenischen Flüchtlinge in Inguschien leben in Lagern,** **aber an Rückkehr denken sie nicht**

Von Manfred Quiring, Die WELT, 11.05.2002

Moskau - Ort des Geschehens: Das Flüchtlingslager "Sputnik" nahe der inguschetischen Siedlung Slepzowskaja. **Safira**, eine etwa 50-jährige Frau, die gerade aus ihrem tschetschenischen Heimatort zurückgekehrt ist, berichtet erregt: "Im Werks-Rayon war eine Säuberung. Sie kamen, nahmen die Jungs mit. Im Chemiewerk stachen sie sie ab und warfen ihre Leichen ins Wasser. Eine Frau, die dort Ziegelsteine sammelte, haben sie auch umgebracht. Nach der Säuberung waren sechs Menschen spurlos verschwunden." Frage: "Wo genau war das?" "Im Werks-Rayon, im Dorf Kirow bei Grosny." "Und wann war das?" "Vorgestern."

Dieser Dialog spielte sich genau an dem Tage ab, als der russische Präsident Wladimir Putin in seiner Erklärung an das Parlament in Moskau von der Normalisierung der Lage in der abtrünnigen Bergrepublik und dem fortschreitenden Aufbau berichtete.

Das Flüchtlingskomitee der Moskau-treuen tschetschenischen Regierung behauptete am Wochenende, bis Ende April würden 1500 tschetschenische Familien die Camps in Inguschien verlassen und nach Tschetschenien zurückkehren. Doch die Stimmung in den Lagern, wo Zelte mit den Aufschriften "Nein zum Krieg" und "Maschadow ist unser Präsident" anzutreffen sind, zeugt von etwas ganz anderem.

"Das Schlimmste ist die Ausweglosigkeit, der Verzicht auf jegliche Pläne für die Zukunft - die Menschen sehen keine mehr", umreißt **Ljuba Awtschakowa**, Programmdirektorin der vorwiegend mit niederländischen Geldern finanzierten Agentur für Entwicklung und Kooperation (Agency for Development and Cooperation - ARD), die Lage im Flüchtlingslager Sputnik. Dieses Camp steht seit Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges 1999, in 500 Zelten leben hier rund 4000 Menschen.

"Die Menschen glauben nicht mehr daran, dass es besser wird in Tschetschenien", sagt Awtschakowa. Die Folge: "Ein Teil verfällt in Depressionen, ein Teil wird apathisch, andere wieder aggressiv, ihre Nerven liegen blank. Einige dagegen beginnen Bäume und Blumen zu pflanzen, ihre Zelte mit selbst gemachten Lehmziegeln zu umbauen. Sie wissen, dass sie so bald nicht nach Hause zurückkehren werden." Es ist bezeichnend, dass in den Lagern neben den "Alteingesessenen" auch viele Tschetschenen leben, die erst vor wenigen Monaten oder gar Wochen geflohen sind.

Die Menschen haben Angst, und das nicht zu Unrecht. Der jüngste von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch veröffentlichte Bericht bestätigt erneut die Willkür des russischen Militärs gegenüber Zivilpersonen. Dutzende Fälle von "Verschwundenen" hat die Organisation aufgelistet und Moskau heftig kritisiert: "Russland versäumt es, das 'Verschwindenlassen' von Menschen durch seine Streitkräfte zu verhindern. Auch eine ordentliche Strafverfolgung solcher Fälle findet nicht statt", heißt es in dem Bericht. Bei den gefürchteten "Säuberungsaktionen" würden weiterhin Hunderte von Zivilisten verschleppt und häufig nur gegen Lösegeld freigelassen.

Chamsat Abubarakow sucht seinen inzwischen 18-jährigen Sohn seit zwei Jahren. "Ich stamme aus dem Dorf Saryje Atagi. Dort haben sie alles niedergebrannt. Jeden Tag fangen und ermorden sie Menschen. Die Sprengladungen legen sie selbst und sagen dann, die Tschetschenen hätten einen Terroranschlag verübt", behauptet Abubarakow, der selbst lange Zeit in einem so genannten Filtrationslager der russischen Truppen in Mosdok gefangen gehalten wurde. "Sie haben mich gefoltert, mir die Knochen zerschlagen."

"Wenn sie meinen Sohn umgebracht haben, kann es schon sein, dass ich selbst losziehe, um ihn zu rächen", sagt der 53-Jährige erbittert. Denn jeder Tschetschene räche sich nun mal für ein ermordetes Familienmitglied. "Je länger das dort so weiter geht, desto mehr Kämpfer werden es. Wir hoffen auf Gott und die Hilfe des Westens, der UNO." UN-Organisationen - das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR), das UN-Kinderhilfswerk (Unicef), das Welternährungsprogramm (WFP) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) - sind seit Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges im Herbst 1999 in der Region aktiv. Die Zahl der Entwurzelten ist nur schwer zu schätzen, da die aus Tschetschenien Geflohenen immer wieder Versuche zur Rückkehr unternehmen, aber dann doch in den Auffanglagern oder bei Verwandten Unterschlupf suchen.

UNHCR geht davon aus, dass gegenwärtig noch etwa 440.000 Menschen in Tschetschenien leben, weitere 160.000 wurden infolge der rücksichtslosen Kriegshandlungen zu Flüchtlingen im eigenen Land. Russische Quellen sprechen gern von bis zu 800.000 Einwohnern. Doch diese Zahl hänge ab "von den Interessen der föderalen Ministerien", formuliert es **Toba Lanzer**, vom Büro zur Koordinierung von Menschenrechtsfragen (OCHA) in Nasran, das als Abteilung des UN-Sekretariats die Tätigkeit der verschiedenen am Ort tätigen UN-Organisationen mit den Behörden koordiniert.

In Inguschien, Tschetscheniens Nachbarrepublik, die selbst nur etwas über 300.000 Einwohner hat, fanden UNHCR-Schätzungen zufolge 150.000 Tschetschenen Zuflucht, zwei Drittel von ihnen bei Gastfamilien. Fast die Hälfte der Flüchtlinge ist unter 18 Jahre. Die UN-Organisationen und NGO's wie der Dänische Flüchtlingsrat (DRC) oder Islamic Relief bemühen sich um die Menschen in den Camps (15 Prozent der Flüchtlinge) und in "wildern" Siedlungen (21 Prozent). Hunger, so versichern die Betroffenen, herrsche nicht. Aber von "fünf schwangeren Frauen ist hier nur eine gesund", weiß die Gynäkologin **Sareta Gumakowa**, die seit 1999 für Unicef arbeitet.

Mariam, eine rundliche, 41-jährige Tschetschenin im Lager "B", beschwert sich. "Ich lebe hier schon seit drei Jahren, aber mein Zelt haben sie in dieser Zeit kein einziges Mal ausgewechselt." Wie viele andere beklagt sie die feuchte Kälte im Winter, die durch die Leinwand dringt, während im Sommer die Hitze den Aufenthalt im Stoffgehäuse unmöglich macht. Aber zurück nach Grosny, wo sie früher lebte? Auf keinen Fall, sagt sie, sie habe Angst um ihre Kinder. "Dort kann man sofort von einer Kugel getötet werden, hier sterben wir einen langsamen Tod."

Wie Moskau Frieden vorspiegeln will Der Kreml will tschetschenische Flüchtlinge zurück in ihre Heimat zwingen - obwohl Krieg und Terror fort dauern

Florian Hassel, Neue Luzerner Zeitung, Mittwoch, 5. Juni 2002

Moskau. Als die drei in Grosny zusammensassen, hatten sie keinen Zweifel an ihrer wichtigsten Aufgabe: so schnell wie möglich bis zu 200 000 Flüchtlinge dazubringen, aus der Nachbarrepublik Inguschetien nach Tschetschenien zurückzukehren. Also unterschrieben **Wiktor Kasanzew**, Kreml-Bevollmächtigter des Kremls für Tschetschenien, **Achmed Kadyrow**, Tschetscheniens Verwaltungschef, und Inguschetiens Präsident **Murat Sjasikow** letzte Woche ein Memorandum. Es sieht vor, dass alle Flüchtlinge bis Ende September wieder in der Heimat sein sollen. «Alle Hindernisse» dafür seien beseitigt, sagte Kasanzew der halbamtlichen Agentur Interfax.

Kein Ende der Bluttaten

In Wirklichkeit ist weder der Guerillakrieg der Rebellen beendet, noch geht der Kreml gegen das Plündern und Morden der eigenen Truppen vor. So griffen am 13. Mai Rebellen - nach Moskaus Angaben - achtzehn russische Stellungen an, töteten drei Soldaten des Innenministeriums und zwei Polizisten der moskautreuen Polizei. Letzte Woche töteten sie mindestens fünf Soldaten.

Auch die Morde durch Moskaus Truppen lassen laut der Menschenrechtsorganisation Memorial nicht nach. Allein bei «Säuberungen» in den Dörfern Alchan-Kala und Kirow zwischen 25. April und 3. Mai liessen verummte russische Soldaten mindestens zwölf Männer «verschwinden»; acht Ermordete wurden bereits aufgefunden. In Moskau führte Memorial-Direktor Oleg Orlov ein Video vor: Weinende Angehörige in Alchan-Kala durchwühlen am 5. Mai einen in die Luft gesprengten Getreidespeicher und finden die zeretzten sterblichen Überreste Festgenommener. Selbst der von Moskau eingesetzte Verwaltungschef Kadyrow gab zu, dass «immer noch Menschen spurlos verschwinden».

Auch in Inguschetien gefährdet

Die meisten Flüchtlinge wollen deshalb nicht aus Inguschetien in die Heimat zurück. Kommt hinzu, dass nur wenige der versprochenen Wohnheime für Heimkehrer existieren, wie Olga Allenowa von der Tageszeitung «Kommersant» schilderte. Doch Moskau will die Flüchtlinge trotzdem zur Rückkehr zwingen. Inguschetiens Präsident Ruslan Auschew, der sich weigerte, Angehörige seines Brudervolkes «in den Kugelhagel zurückzuschicken», wurde Ende 2001 vom Kreml aus dem Amt gedrängt und kürzlich in einer manipulierten Wahl durch den ehemaligen **Geheimdienstgeneral Sjasikow** ersetzt. Bereits vorher stoppte Moskau die Ausgabe warmer Mahlzeiten, dann die Brotrationen für Flüchtlinge. Jetzt müssen sich alle gegen Gebühr neu registrieren lassen - was zweifellos vielen verweigert werden wird und sie von jeglicher Hilfe ausschliesst.

Lebchan Basajewa vom Memorial-Büro in der inguschetischen Hauptstadt Nasran glaubt, dass die Behörden zuerst die Flüchtlinge aus den Zeltlagern verdrängen «und damit die sichtbare Spitze des Eisberges beseitigen wollen». Laut Basajewa haben in den Lagern ebenfalls nächtliche Festnahmen durch maskierte Unbekannte begonnen. «Die Tschetschenen können nun überlegen, wo sie ihr Leben riskieren wollen: im eigenen Haus oder im Flüchtlingslager.»

Zuckerbrot und Peitsche aus dem Kreml

Russland will die tschetschenischen Flüchtlinge zurückschicken – doch viele wollen nicht gehen

Von unserem Korrespondenten Alexei Makartsev , Weser Kurier, 07.06.2002

Moskau. Glücklich lächelnd betreten die Kinder in schicken Schuluniformen ihre frisch renovierten Klassenräume. Die fröhlichen Eltern winken den Kleinen zum Abschied und gehen zu ihren neuen Wohnhäusern. Oder sie eilen in die wiederaufgebauten Fabriken, um dort für einen ordentlichen Lohn den Wohlstand ihrer Republik zu mehren.

So ungefähr stellt sich heute die russische Regierung die Heimkehr der tschetschenischen Flüchtlinge vor. Laut dem Tschetschenien- Aufbau-Minister Wladimir Jelagin soll bis Schulbeginn die Mehrzahl der rund 150000 „temporär versetzten Personen“ aus Inguschetien ins benachbarte Kriegsgebiet zurückkehren. „Die meisten Bedingungen dafür sind erfüllt“, versichert der Minister.

Tatsächlich? Nach „aktiven Kämpfen“, so die Terminologie des Kreml, schaffen es die mit „speziellen Aktionen“ beschäftigten Geheimdienste nicht, die Rebellen so weit zu schwächen, dass die junge republikanische Miliz das Kommando übernehmen könnte. Das musste Russlands Präsident Wladimir Putin im Mai enttäuscht zugeben.

Die heutigen Kriegsberichte aus dem Nordkaukasus unterscheiden sich kaum von denen Anfang 2001. Gestern wurden zwei Milizionäre von einer Minenexplosion zerrissen, am Mittwoch beschossen Unbekannte aus Granatwerfern ein paar Verwaltungsgebäude, am Dienstag griffen die Rebellen neun russische Posten an. Mehr als 2400 tote und 6000 verwundete Soldaten seit August 1999, lautet die hässliche Kriegsbilanz. Inoffizielle Angaben sind dreimal so hoch. Wie es scheint, will der Kreml diese Bilanz nun einer Schönheitsoperation unterziehen, indem er die Flüchtlinge zurückholt.

Vor allem die in Inguschetien, die für jahrelang in Zeltlagern in Armut, Hunger und Dreck dahinvegetieren. „Die meisten der Tschetschenen wollen freiwillig zurück. Es wird keine repressiven Maßnahmen geben“, verspricht **Minister Jelagin**.

Doch die Juristin der renommierten Moskauer Menschenrechtsorganisation „Memorial“, **Swetlana Gannuschkina**, hat daran ihre Zweifel: „Wir haben Angst, dass die Menschen nach Tschetschenien abgeschoben werden.“

In der jüngsten Studie über die Lage der tschetschenischen Flüchtlinge in Russland beschreibt „Memorial“ ein Flüchtlingspolitik nach dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“: Die laut Kreml „temporär versetzten Personen“ werden mit Versprechungen (sicherer Arbeitsplatz, kostenlose Unterbringung, Ferienreisen für die Kinder) nach Tschetschenien gelockt. Wenn das nicht klappt, schaffen die Behörden unerträgliche Lebensbedingungen, um die Rückkehr zu erzwingen.

Im ersten Tschetschenienkrieg von 1994 bis 1996 wurden etwa 150000 Flüchtlinge als „temporär versetzten Personen“ anerkannt. Im zweiten Krieg haben von fast 570000 Flüchtlingen nur knapp 12500 Menschen diesen Status bekommen. Ohne ihn können die Flüchtlinge sich nicht an den Orten ihrer „temporären Versetzung“ registrieren lassen. Und ohne Registrierung gibt es keine legale Arbeit, keine Rente, kein Arbeitslosengeld und keine humanitäre Hilfe vom Staat. Die Beamtenlogik dahinter ist einfach: In Tschetschenien herrscht offiziell kein Krieg, also gibt es auch keine „Versetzten“. Mitarbeiter von „Memorial“ schildern den Fall einer Frau, deren Sohn von Rebellen hingerichtet wurde, weil sein Vater mit der russischen Miliz zusammengearbeitet hat. Sie floh – und bekam keinen „Versetzten“-Status, weil sie aus Sicht der Behörden nicht bedroht war.

Eine beliebte Methode der Offiziellen ist auch, die Menschen in Flüchtlingslagern einfach auszuhungern. „Bis vor kurzem bekamen wir vom Staat Nahrung für 0,4 Euro pro Mann und Tag. Doch seit Februar kriegen wir gar nichts mehr“, berichtet Alchasdebir Saitow aus einem Lager im Twer-Gebiet mit 250 Flüchtlingen. In allen inguschetischen Zeltlagern ist laut „Memorial“ die ohnehin magere staatliche Lebensmittelhilfe im Herbst 2001 gekürzt worden.

Die Menschen überleben nur dank der Unterstützung von internationalen Hilfsorganisationen. „Selbst wenn man uns hungern, frieren und verdrecken lässt, gehen wir nicht nach Tschetschenien zurück“, sagt Alchasdebir Saitow. Wie viele anderen hat er Angst, in seiner Heimat bei einer der berüchtigten „Säuberungen“ ausgeraubt, gefoltert oder erschossen zu werden. Weil sich einige Rebellen in Wohnhäusern versteckt hatten, wurde beispielsweise das Dorf Alchan-Kala im April zwei Wochen lang durch die föderalen Truppen „gesäubert“. In dieser Zeit seien fünf Zivilisten kaltblütig erschossen worden, berichtet „Memorial“.

Tschetschenen in Rußland: Innerstaatliche Fluchtalternative?

jW sprach mit Swetlana Gannuschkina, Vorsitzende des Komitees für Bürgerbeteiligung und Flüchtlingsbeauftragte der Menschenrechtsorganisation Memorial in Rußland

Interview: Daniel Behruzi, Junge Welt, 04.07.2002

F: In Deutschland wird über die Frage »innerstaatlicher Fluchtalternativen« für Flüchtlinge aus Tschetschenien diskutiert. Ist das übrige Rußland ein sicherer Ort für tschetschenische Flüchtlinge?

- Nein. Natürlich ist die Situation in Rußland nicht so schlimm, wie in Tschetschenien. In Rußland kommt es nicht jeden Tag vor, daß Menschen tschetschenischer Herkunft spurlos verschwinden und umgebracht werden. Aber auch in Rußland passieren derartige Dinge. Ende 1999 und im Sommer 2000 gab es eine Reihe fingierter Prozesse gegen Tschetschenen, denen von Milizionären gefälschte Beweismaterialien wie Narkotika und Waffen untergeschoben worden waren.

F: Es gibt also keine »innerstaatlichen Fluchtalternativen«?

- Die Tschetschenen sind ein Volk, das überall in Rußland diskriminiert wird. In Rußland gibt es für Binnenflüchtlinge einen Status, der Zwangsumsiedler genannt wird. Dieser Status ermöglicht es Menschen, an anderen Orten neuen Wohnraum zu finden. Den tschetschenischen Flüchtlingen wird dieser Status prinzipiell verweigert. Das bedeutet, daß sie sich nicht legal an anderen Orten ansiedeln können und ihnen die für Zwangsumsiedler vorgesehenen geringen staatlichen Hilfen vorenthalten werden. Das zweite Problem, mit dem Flüchtlinge aus Tschetschenien konfrontiert sind, die sich an einem neuen Wohnort ansiedeln wollen, ist, daß sie keine Anmeldung bei den Wohnbehörden erhalten. Nur wer eine solche Registrierung hat, kann eine legale Arbeit bekommen, sich frei in der Stadt bewegen und hat ein Recht auf die übliche medizinische Versorgung.

Wollen tschetschenische Flüchtlinge einen neuen Paß beantragen - im Rahmen der Umschreibung auf die neuen russischen Pässe müssen das alle -, sind sie gezwungen, nach Tschetschenien zu fahren, um sich vor Ort einen neuen Paß ausstellen zu lassen. Uns sind Fälle von Menschen bekannt, die aus diesem Grund nach Tschetschenien zurückkehrten und dort verletzt oder umgebracht wurden.

Die Eigentumsrechte der Tschetschenen werden oftmals mißachtet. Wir können Fälle von aus Tschetschenien Geflohenen belegen, die bei ihrer Rückkehr ihre Häuser von Polizei- oder Militäreinheiten besetzt fanden. Alle Klagen, die Betroffene deswegen am zuständigen Gericht in Moskau eingereicht haben, wurden abgewiesen.

Sämtliche tschetschenischen Geschäftsleute aus der unteren und mittleren Schicht haben ihre Geschäfte verloren. Gelder, die auf Sparbücher der russischen Sparkassen in Tschetschenien eingezahlt wurden, werden außerhalb Tschetscheniens nicht ausgezahlt. Das heißt, sie haben nicht mal mehr Zugriff auf ihre Guthaben.

F: Haben Sie Erfahrungen, wie es tschetschenischen Flüchtlingen nach ihrer Abschiebung aus Deutschland in Rußland ergangen ist?

- Vor wenigen Tagen wurde Tamirlan Umarow aus München abgeschoben. Er sollte bei seiner Ankunft in Moskau eine Mitarbeiterin unserer Organisation am Flughafen treffen. Er ist dort nicht aufgetaucht. Seither haben wir keinen Kontakt mehr mit ihm.

In anderen Fällen konnten Tschetschenen nach ihrer Abschiebung den Flughafen frei verlassen und mußten nur die »normale« Diskriminierung über sich ergehen lassen. Das heißt, sie mußten Bestechungsgelder an Milizionäre bezahlen. Das ist für alle Tschetschenen Alltag.

F: Gibt es eine Bedrohung durch Neonazis?

- Ja. Vor dem Hintergrund des Tschetschenien-Krieges ist der Rassismus in Rußland rasant gewachsen. Unsere Organisation hat für die Familie eines Angolaners und eines afghanischen Dolmetschers, die von Rechtsradikalen ermordet wurden, Anwälte besorgt. In beiden Fällen unternehmen Justiz und Miliz alles, um die Schuld der Täter zu leugnen. Das sind keine Einzelfälle. Die Milizionäre schauen zumeist weg, wenn es um Gewalt von Neonazis geht, und die Gerichte behandeln die Täter sehr wohlwollend.

Im Blickpunkt

Die Männer "verschwinden"

In Tschetschenien dauern Krieg und Terror weiter an

Von Florian Hassel (Moskau), Frankfurter Rundschau, 03.06.2002

Als der Verwaltungschef Tschetscheniens, der Präsident der Nachbarrepublik und der Kaukasus-Bevollmächtigte des Kreml in Grosny zusammensaßen, hatten sie keinen Zweifel an ihrer wichtigsten Aufgabe: so schnell wie möglich bis zu 200 000 Flüchtlinge dazu zu bringen, aus der Nachbarrepublik Inguschetien nach Tschetschenien zurückzukehren.

Also unterschrieben Kreml-Bevollmächtigter **Wiktor Kasanzew**, Tschetscheniens Verwaltungschef **Achmed Kadyrow** und Inguschetiens Präsident **Murat Sjasikow** am vergangenen Mittwoch ein Memorandum, dem zufolge alle Flüchtlinge bis Ende September wieder in der Heimat sein sollen. Schließlich seien dafür "alle Hindernisse" beseitigt, sagte Kasanzew der halbamtlichen Agentur Interfax.

Davon kann in Tschetschenien freilich keine Rede sein: Weder ist der Guerillakrieg der Rebellen beendet, noch geht der Kreml gegen das Plünder- und Mordregime der eigenen Truppen vor.

Einige Beispiele: Am 13. Mai griffen die Rebellen nach Moskaus Angaben 18 russische Stellungen an, töteten drei Soldaten des Innenministeriums und (in den Orten Zozin-Jurt und Schali) zwei Polizisten der moskautreuen Polizei. Am Mittwoch vergangener Woche töteten sie mindestens fünf Soldaten Moskaus.

Die Menschenrechtsorganisation Memorial beschuldigt gleichzeitig die Moskauer Truppen, weiter zu morden. Allein bei "Säuberungen" in den Dörfern Alchan-Kala und Kirow zwischen 25. April und 3. Mai ließen verummte russische Soldaten mindestens zwölf Männer "verschwinden"; acht Ermordete wurden bereits aufgefunden.

In Moskau führte Memorial-Direktor **Oleg Orlow** ein Video vor, das zeigt, wie weinende Angehörige in Alchan-Kala am 5. Mai einen in die Luft gesprengten Getreidespeicher durchwühlen und die zeretzten sterblichen Überreste von Festgenommenen finden. Selbst der von Moskau eingesetzte, unpopuläre Verwaltungschef Achmed Kadyrow gab zu, dass "immer noch Menschen spurlos verschwinden".

Die meisten Flüchtlinge wollen deshalb nicht aus der Nachbarrepublik Inguschetien in die lebensgefährliche Heimat zurück. Zur Gefahr kommt hinzu, dass nur wenige der versprochenen Wohnheime für heimkehrende Flüchtlinge existieren, wie **Olga Allenowa** von der Tageszeitung *Kommersant* schilderte.

Doch Moskau will die Flüchtlinge trotzdem zur Rückkehr zwingen. Ruslan Auschew, der ehemalige Präsident Inguschetiens, weigerte sich, Angehörige seines Brudervolkes "in den Kugelhagel zurückzuschicken". Ende vergangenen Jahres drängte ihn der Kreml aus dem Amt und hievte vor wenigen Wochen in einer manipulierten Wahl den ehemaligen Geheimdienstgeneral Sjasikow an die Spitze der Republik.

Bereits vor seinem Amtsantritt stoppten die Moskauer Behörden die Ausgabe von warmen Essen, im November 2001 dann die Verteilung von Brot an die tschetschenischen Flüchtlinge. Jetzt müssen sie sich außerdem kostenpflichtig neu registrieren lassen. Zweifellos wird vielen die Registrierung, ohne die es keine Hilfe gibt, verweigert werden.

Lebchan Basajewa vom Memorial-Büro in der inguschetischen Hauptstadt Nasran glaubt, dass die Behörden zuerst die Flüchtlinge aus den Zeltlagern verdrängen "und damit die sichtbare Spitze des Eisberges beseitigen wollen: den Teil, der der Welt vor Augen führt, dass in Tschetschenien der Krieg fort dauert, dass die Menschen fliehen, und dass es ihnen schlecht geht".

Basajewa zufolge haben **in den Lagern nächtliche Festnahmen durch maskierte Unbekannte begonnen.** "Die Tschetschenen können nun überlegen, wo sie ihr Leben riskieren wollen: im eigenen Haus oder im Flüchtlingslager."

Außerdem soll künftig das **503. Motorschützenregiment unter Oberst Roman Schadrin die Grenze blockieren und vor dem Terror fliehende Tschetschenen am Übergang nach Inguschetien hindern**, berichtete die Tageszeitung *Wremja Nowostej*. Darauf habe sich das Moskauer Verteidigungsministerium mit dem neuen inguschetischen Präsidenten geeinigt, hieß es in dem Blatt.

Moskau soll Tschetschenien-Bericht freigeben

Europarat appelliert an russische Regierung
Freie Presse, 10.06.2002

AFP - Der Europarat hat Russland aufgefordert, die Berichte des europäischen Anti-Folter-Komitees über die Menschenrechtslage in Tschetschenien freizugeben. Die Moskauer Regierung solle der Veröffentlichung dieser Dokumente zustimmen, forderte Generalsekretär Walter Schwimmer. Damit könne Russland einen Beitrag zur Bekämpfung von Folter und Misshandlungen und für mehr Transparenz leisten, erklärte der österreichische Christdemokrat.

Nach Angaben des Europarats schloss das Anti-Folter-Komitee seinen fünften Inspektionsbesuch in der abtrünnigen Kaukasusrepublik ab. Die Experten des Komitees, darunter zwei Ärzte, hätten mehrere Tage lang Gefangenenlager besucht, unter anderem eines in der Hauptstadt Grosny. In diesen Lagern sind vor allem Rebellen inhaftiert, die bei russischen "Anti-Terror-Operationen" gefangen genommen wurden. Außerdem besuchte die Delegation das nahe Grosny gelegene Dorf Alchan-Kala, wo zuletzt im April zwei solcher Einsätze stattgefunden hatten. Dort sprachen die Vertreter des Europarats den Angaben zufolge mit dem Bürgermeister, Mitgliedern des Gemeinderats und Anwohnern.

Das Expertenkomitee hat die Aufgabe, die Einhaltung des europäischen Anti-Folter-Abkommens zu überwachen. Seine Berichte können jedoch nur veröffentlicht werden, wenn der betroffene Staat zustimmt. Dies lehnt Moskau bisher ab. Nicht-Regierungsorganisationen hatten Russland in den vergangenen Monaten wiederholt vorgeworfen, unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung schwere Menschenrechtsverstöße in Tschetschenien zu begehen. Auch der Europarat mahnte Russland wiederholt, die Menschenrechte in der Kaukasusrepublik besser zu schützen und bei Verstößen die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Wo Mord Säuberung heißt

aus Alchan-Kala/Tschetschenien KLAUS-HELGE DONATH
Tageszeitung, 19.06.2002

Wortlos reicht das Mädchen der Schwester den in Zellophan eingewickelten Stoffrest. "Daran haben wir ihn erkannt", flüstert die ältere. "Ein Hemdsfetzen." Am 25. April war ihr Vater Schirwani Kitajew nach einer Razzia russischer Militärs verschwunden. "Sie kontrollierten die Pässe und taten so, als wäre nichts. Plötzlich drängten sie ihn auf die Straße zu einem Mannschaftstransporter." Bis Mai fehlte jede Spur des 51-Jährigen, der in Alchan-Kala, einem Ort mit 20.000 Einwohnern nahe Grosny, dem Ältestenrat angehörte.

Weder Militärs noch Staatsanwaltschaft noch die von Moskau gesteuerte tschetschenische Regierung und wen sie sonst noch alles um Aufklärung gebeten hatten, konnte oder wollte etwas über den Verbleib des Vaters von elf Kindern sagen. Eine alltägliche Geschichte im Kaukasusfeldzug, der das abtrünnige Tschetschenien seit drei Jahren zur freiwilligen Heimkehr nach Russland bringen soll.

Erst ein flüchtiger Bekannter, ein Militär, setzte die Familie Kitajew auf die richtige Fährte: Mit Schirwani verschwanden am selben Tag noch drei andere Männer, der Hinweis führte zu einem fünfstöckigen Gebäude auf dem Terrain eines verlassenen Getreidesilos abseits des Ortes. Die Militär hatten den Bau vorübergehend in eine Folterkammer verwandelt. Ein Jugendlicher, so berichtet es die Bürgermeisterin, will einen bis zu den Oberarmen mit Blut besudelten Uniformierten gesehen haben, als der das Haus verließ. Minuten später wurde das Gebäude gesprengt.

Im Ziegelschutt haben die Einwohner mit bloßen Händen nach sterblichen Überresten gegraben. Schirwani Kitajews Vater fand den Oberarm seines Sohnes mit dem Hemdsfetzen, später ein Bein ohne Fuß und ein Schulterfragment. "Allah hat mir ein Zeichen gegeben, ich konnte meinen Sohn wenigstens begraben", sagt er. Sein Sohn habe die Wahhabiten, die islamistischen Fundamentalisten, gehasst.

Auch von anderen Vermissten fanden die Bewohner von Alchan-Kala Leichenteile. "Aber", erzählt der Alte, "nicht ein einziges inneres Organ." Hinweise auf Verstümmelungen bei lebendigem Leibe und rituelle Tötungen häufen sich. Die sieben Söhne Schirwani Kitajews haben sich aus Angst vor den Todeskommandos bei Verwandten versteckt.

Vergebliche Suche nach Logik

"Satschistka" - Säuberung - nennt das Militär solche Maßnahmen. Es war bereits die zweite Satschistka innerhalb eines Monats in Alchan-Kala - **die erste dauerte vom 11. bis zum 15., die zweite vom 25. bis zum 30. April.** Eine Vergeltung, glauben die Einheimischen, weil sie es gewagt hatten, sich über die Verbrechen der Militärs zu beschweren. Vor dem Hintergrund des Gemetzels suchen die Betroffenen eine nachvollziehbare Erklärung, als bewege sich das Ganze innerhalb einer Logik von Schuld und Sühne, Ursache und Wirkung.

Ein Geheimdienstler, der nicht genannt werden will, erklärt, oft würden die Beweise für einen Schuldspruch wegen Mitgliedschaft in einer Terrorgruppe vor Gericht nicht reichen. Daher übten Militär und Geheimdienste gelegentlich Selbstjustiz. Verfassungsmäßige Ordnung nennt Moskau das. Inzwischen wird auch Jagd auf Männer gemacht, die der Kreml amnestiert hat.

Am anderen Ende des durchkämmten Viertels liegt der Hof Malkan Asujewas. Hinter einem Eisentor, wie es hier fast jedes Haus von der Straße abschirmt, ist es still. Malkan Asujewa hat zwei ihrer drei Söhne verloren, der Älteste fiel schon im ersten Tschetschenienkrieg. Die Frau Mitte fünfzig bewegt sich wie in Trance, ein Enkel versteckt sich hinter ihrer Schürze.

Am 28. April, so berichtet es Malkan Asujewa, seien 20 Bewaffnete auf ihren Hof gekommen. Der Kommandeur ermunterte seine Soldaten, sie zu vergewaltigen. Sie entblößten die Frau bis auf die Unterwäsche, sie wehrte sich. Erst als die Kinder schrien, ließen die Soldaten von ihr ab. Sie verwüsteten die Einrichtung und nahmen die Söhne Ruslan und Schamilchan mit. Am nächsten Tag lagen ihre Leichen vor der Moschee.

Ein Nachbar berichtet, dass an Ruslans Händen die Finger fehlten. Sie waren offensichtlich durch Pistolenschüsse abgetrennt worden, neben Schnittwunden und sichtbaren Knochenbrüchen waren Fleischfetzen aus den Körpern herausgerissen worden. "Wir haben der Mutter die Leichen nicht gezeigt", sagt der Nachbar. Der 25-jährige Ruslan arbeitete beim Erziehungsministerium Tschetscheniens als Fahrer. Den Dienstwagen steckten die Soldaten in Brand und wälzten ihn mit einem Panzerfahrzeug platt. Der Nachbar erklärt, die beiden Asujews hätten nie etwas mit Rebellen zu tun gehabt.

Sie klauten sogar alte Latschen

Das Haus der Magomadows liegt auf einer Anhöhe, in der Straße "am Rande", der Uliza krainaja. Von hier aus wurden die Bewohner der Höfe in eine Senke getrieben, bis die Soldaten ihr Beutegut auf Lastwagen verstaute hatten. Bei den Magomadows gibt es seitdem keinen Mann mehr im Haus. "Warum konnten sie mir den Kleinen nicht lassen?", seufzt die 71-jährige Mutter von elf Kindern. Ihre Söhne Schirwani und Adlan, die sich den Rebellen angeschlossen hatten, fielen am 26. April bei einem Schusswechsel mit russischen Truppen. Die beiden Brüder Scharani und Roman waren am Vortag auf der Straße festgenommen worden, Sippenhaft. Seither sind sie verschollen. Roman, der Kleine, litt seit der Kindheit an einer leichten Behinderung, erzählt die Mutter, er habe niemandem etwas zuleide tun können. "Wie Hunde stürzten sie sich auf meine Söhne." Die alte Frau ist verwirrt, zwischendurch erzählt sie von Ziegen und Hausrat, alles wurde gestohlen. "Nicht einmal die alten Latschen haben sie stehen lassen", sagt sie und lacht verächtlich. Ihre Tochter Assja Magomadowa sitzt wortlos daneben, sie ist Ärztin, arbeitet aber schon lange nicht mehr in ihrem Beruf. Sie hat Angst vor den Militärs, die ihr unterstellen könnten, Rebellen behandelt zu haben.

Im Stellwerkerhäuschen auf dem Bahnhof hat sich die Ortsverwaltung einquartiert. Früher war Alchan-Kala eine wohlhabende Industriesiedlung. Seit die einzige Brücke gesprengt ist, ist der Ort von Süden nur über eine Hängebrücke und von Norden auf einem verschlammten Weg zu erreichen.

Es sind nicht die berüchtigten Todesschwadronen, die auf eigene Faust agieren, nachts ausschwärmen und Gefangene machen, um Lösegeld zu erpressen. Nach Alchan-Kala kommen reguläre Truppen, mit regulärem Marschbefehl. Dennoch weiß niemand, wer die Häscher wirklich sind. **Befehl Nummer 80**, den der russische Kommandant im März erlassen hat, schreibt vor, dass Lokalverwaltung und Staatsanwaltschaft bei Säuberungen einzuschalten sind und "Kontrolleure" sich ausweisen müssen. Eine Liste inhaftierter Personen ist der örtlichen Administration zu übergeben. "Sie lachen uns aus, wenn wir nach ihrer Identität fragen", meint eine Frau in der Verwaltung: **"Der Befehl ist für die UNO, ein Feigenblatt, alles andere regeln Gewalt und Willkür."**

In Alchan-Kala haben Frauen die Regie übernommen. Eigentlich seien sie des Erzählens müde, sagen sie. Wozu das alles noch, die Welt habe Tschetschenien nach dem 11. September ohnehin "abgeschrieben". Malika Umaschewa, die Bürgermeisterin, hat nicht aufgegeben. Auch sie sitzt in dem umfunktionierten Stellwerkerhäuschen, nachdem das Militär erst das Rathaus und dann den Bahnhof, das erste Notquartier, zerstört hatte. Vor Sonne und Wind bietet das Haus notdürftig Schutz, mehr nicht. Am Eingang drängen sich Ratsuchende, der Bezug von Arbeitslosenhilfe ist gerade wieder erschwert worden. Die 55-Jährige stellt sich gegen die Militärs. Ihr Neffe Uzujew sei tagelang gefoltert worden, berichtet sie. Dann hätten die Soldaten ihn freigelassen. Aber schon am nächsten Morgen seien Soldaten ins Haus gestürmt und hätten den Neffen erschossen. Danach schleppten sie Waffen her, gruben den Hof auf und zeichneten den "Fund" auf Video auf: eine inszenierte Beweisaufnahme.

Nach der ersten Säuberung hatte die in Moskau ausgebildete Pädagogin einen Fehler begangen. Sie ging auf das Drängen des Militärstaatsanwalts ein und bestätigte, dass es bei den Säuberungen keine Rechtsverletzungen gegeben habe. "Malika, setz den Stempel drunter, dann ziehen sie ab", soll er sie beschworen haben. Auch der Ältestenrat stimmte zu. 20 Minuten später verwüsteten Soldaten das Krankenhaus und fielen erneut über den Ort her. Der Staatsanwalt soll sich später entschuldigt haben, ihn habe sein Vorgesetzter belogen.

Die zweite Säuberung Ende April: Neunmal durchkämmen sie das Anwesen Umaschewas, weil sie diesmal den Stempel verweigert. Sie rollt den Teppich beiseite und zeigt auf die Einschussstellen der Maschinenpistolensalven. Danach hätten sie die Gasleitung aufgedreht und Sprengstoff daneben gelegt. Umaschewa bleibt eisern.

Mittags melden Moskaus gleichgeschaltete Medien, 600.000 US-Dollar und ein halber Eimer mit Brillanten seien bei ihr entdeckt worden. In den Abendnachrichten werden die Dollars zu Blüten.

Terror aus dem Stabsquartier

15 Tote bleiben zurück. Seit Ausbruch des Krieges 1999 wurden über 150 Menschen in Alchan-Kala getötet, weit über 100 werden vermisst. Wo sich die Terroristen verstecken, verschweigt Umaschewa nicht: "In Chankala" - dem Stabsquartier der russischen Truppen.

Unterdessen ziehen die Marodeure weiter. In Mesker-Jurt, 30 Kilometer östlich von Achan-Kala, starben bis zum 11. Juni acht Menschen, über 20 werden vermisst. Der Ort war zweieinhalb Wochen von der Außenwelt abgeschnitten, nicht mal die tschetschenische Polizei der pro-russischen Regierung erhielt Zutritt. In Duba-Jurt sind Säuberungen noch im Gang.

Krieg in Tschetschenien: zahlen & fakten

Tageszeitung, Nr. 6778 vom 19.6.2002

Moskau hat den Krieg in Tschetschenien offiziell im Frühjahr 2000 beendet. Seither läuft im Kaukasus offiziell eine **Maßnahme zur Terrorbekämpfung**. Eine Aufgabe, die gewöhnlich in die Kompetenz der Truppen des Innenministeriums fällt. Nach Schätzungen unabhängiger Beobachter stehen indes noch 200.000 Militärs verschiedener Ministerien in der Kaukasusrepublik. Offiziell räumt Moskau die Präsenz von 90.000 Soldaten ein. Laut Kreml fielen bis März 3.770 russische Soldaten, 12.796 wurden verwundet. Verlässlichere Schätzungen des Komitees der Soldatenmütter gehen von **über 10.000 Gefallenen und 20- bis 25.000 Verwundeten** aus.

Die Zahl der Opfer unter der tschetschenischen **Zivbevölkerung wird nicht erhoben**. Glaubt man Regierungsangaben über die Verluste der **Wahhabiten**, verfügten die islamistischen Rebellen zu Beginn des Krieges über ein Hunderttausendmannheer. Die fundamentalistischen Wahhabiten tauchten Mitte der 90er-Jahre erstmals im Kaukasus auf und hatten starken Zulauf unter arbeitslosen Jugendlichen in den Bergregionen Dagestans und Tschetscheniens. **KHD**

Putin räumt Fehler in Tschetschenien-Konflikt ein

Netzeitung.de, 24. Juni 2002, 18:38h, ergänzt 20:34h

Der russische Präsident Putin hat den Konflikt in Tschetschenien erstmals als Tragödie bezeichnet. Moskau habe sich schwere Versäumnisse zu Schulden kommen lassen, sagte er.

Russland will bis Ende des Jahres seine Militärrazzien in Tschetschenien einstellen. Dies kündigte Präsident Wladimir Putin am Montag in einer Pressekonferenz vor Journalisten in Moskau an. Allerdings machte er die Einstellung der Aktionen davon abhängig, dass die Sicherheit in der Republik gewährleistet sei.

Erstmals bezeichnete Putin die Lage in Tschetschenien als Tragödie, für die nicht die Tschetschenen verantwortlich seien. Sein Vorgänger im Amt Boris Jelzin habe es versäumt, die Interessen der Bevölkerung zu verteidigen. Davon hätten die Extremisten profitiert. ...

Soldaten verkauften Waffen an Attentäter

In Zusammenhang mit dem Attentat auf eine russische Militärparade in Dagestan, bei der 43 Menschen getötet worden waren, wurden am Montag sechs russische Soldaten festgenommen. Sie sollen die Waffen, mit denen der Anschlag verübt wurde, an die Attentäter verkauft haben. Dies berichtete das russische Fernsehen. (nz)

Lage "erschreckend"

Massenhaft Gräueltaten beider Seiten - Lokale Behörden behindern Hilfslieferungen aus Europa

Salzburger Nachrichten (salzburg.com/sn/), 25.06.2002

MOSKAU (SN, APA). Der Delegationsleiter der Europäischen Kommission in Moskau, Richard Wright, hat die Situation in Tschetschenien als furchtbar bezeichnet. "Es ist erschreckend, was sich dort nach wie vor abspielt, erschreckend, zu welchen gegenseitigen Gräueltaten die tschetschenischen Rebellen und die russischen Regierungstruppen nach wie vor bereit sind."

Besonders die Situation in Grosny sei verheerend. Unschuldige Menschen würden umgebracht, 2000 Tschetschenen seien abgängig. "Hinzu kommt, dass die gesamte Republik im Sumpf der Korruption versinkt", sagte der britische Diplomat in einem Interview mit der Austria Presse Agentur in Moskau.

Wright sprach auch die Situation der Flüchtlinge im Krisengebiet an. Zwar seien die tschetschenischen Behörden mittlerweile bereit, die Rückkehr dieser Kriegsoffer, die in den Nachbarrepubliken Inguschetien und Dagestan Unterschlupf gefunden haben, zu organisieren, doch hätten die Flüchtlinge gar kein Interesse daran, weil sie "Angst haben vor den Zuständen in ihrer Heimat". Besonders junge Männer fürchteten, von den Militärs oder Grenzkontrollen einfach eingezogen zu werden. Auch würden die Hilfsaktionen von Menschenrechtsorganisationen und anderen NGOs von den regionalen Behörden oft behindert: "Es ist oft schwer, eine offizielle Erlaubnis für Hilfstransporte zu bekommen."

Der EU-Delegationsleiter glaubt nicht, dass der russische Präsident Wladimir Putin nach seiner prowestlichen Haltung in Folge der Terroranschläge am 11. September des Vorjahres nun wieder "freie Hand" im nördlichen Kaukasus hat. Zwar begrüße die EU die Haltung der Russischen Föderation, den Terrorismus gemeinsam mit dem Westen zu bekämpfen. Das solle aber in keinem Fall Russlands Menschenrechtsverletzungen im Kaukasus legitimieren.

Die EU strebe eine politische Lösung in der Region an. Dazu sei allerdings derzeit keine der beiden Konfliktparteien bereit. Seit dem Ausbruch des zweiten Tschetschenien-Krieges 1999 hat sich die EU besonders humanitär engagiert. Rund 70 Millionen Euro Hilfsgelder sind in die Konfliktregion geflossen, um das Leid der Flüchtlinge zu lindern.

Elektroschocks und Kaltwasser-Duschen

Anti-Folter-Komitee CPT belegt Misshandlungen auch in europäischen Gefängnissen

Jürgen Lorey (dpa), Weser Kurier, 26.06.2002

Straßburg. Elektroschocks an empfindlichen Körperteilen, Schläge auf Fußsohlen, Eintauchen in Wasserbehälter oder Schlafentzug. Was sich wie ein Gräueltatolog aus diktatorisch regierten Staaten liest, entstammt den Berichten des Anti-Folter-Komitees des Europarates (CPT) und belegt: Folter gibt es immer noch in Europa, auch wenn sie seltener geworden ist. Heute, am Anti-Folter-Tag der Vereinten Nationen, begeht das CPT sein 15-jähriges Bestehen.

Hervorgegangen ist das CPT aus der „Europäischen Konvention zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe“, die der Europarat 1987 verabschiedet hat. Die Konvention soll in Gefängnissen Inhaftierte und Patienten von psychiatrischen Anstalten vor Misshandlungen schützen. Dabei verfügt das Komitee über weltweit einmalige Kompetenzen: Es ist die einzige Institution, die zu jeder Zeit jeden beliebigen Haftort in den Vertragsstaaten überprüfen und unter vier Augen mit den Gefangenen sprechen darf.

Dem Komitee gehören Mediziner, Juristen, Polizei-, Gefängnis- und Menschenrechtsexperten an, die regelmäßig in allen Ländern des Europarates hinter die Gefängnismauern schauen. Die Zahl der Experten entspricht der Zahl der Vertragsstaaten der Konvention, zur Zeit sind das 43. Präsidentin des CPT ist seit März 2002 die britische Kriminologin Silvia Casale.

Das CPT reist meistens nach Vorankündigung in die einzelnen Länder, manchmal auch überraschend – zu so genannten „ad-hoc- Besuchen“. ... **Nach jedem Besuch erstellt das CPT einen Bericht, der allerdings vertraulich ist und nur mit Zustimmung der betroffenen Regierung veröffentlicht werden darf.** Ein Schwachpunkt, wie auch Casale weiß: „Wir können aber nur so offen und auch kontrovers mit den Behörden reden und langfristig Verbesserungen erreichen.“ Sollte sich aber auch nach mehrmaligen Besuchen die Situation in einem Land nicht verbessern, dann geht das CPT von sich aus an die Öffentlichkeit. Dies passierte bislang bei der Türkei 1992 und 1996 und **bei der Russischen Föderation in Bezug auf Tschetschenien.** ...

Generell lässt sich Casale zufolge aber sagen: Misshandlungen von Gefangenen passieren weitaus öfter bei oder kurz nach der Verhaftung als im normalen Strafvollzug. In jüngster Zeit sieht Casale jedoch einen beängstigenden Trend hin zu Misshandlungen, die medizinisch nur schwer nachzuweisen sind. Bestimmte Arten von Folter hinterließen kaum Spuren. So würden Inhaftierte mit kaltem Wasser abgespritzt oder müssten stundenlang in der Zelle stehen, ohne dass sie sich zum Schlafen hinlegen dürfen.

Glanz und Elend

Von Florian Hassel , Westdeutsche Allgemeine/WAZ, 28.06.2002

G8 heißt er schon seit fünf Jahren, der Club der sieben reichsten Industrieländer plus Russland. Künftig darf Wladimir Putin also auch als Präsident eines armen reichen Landes von Beginn an am Verhandlungstisch sitzen.

Die Entscheidung, Russland als Vollmitglied aufzunehmen, ist ein weiterer Erfolg für Putin, der auf einem wahren außenpolitischen Triumphzug ist. Putin versteht den Eindruck zu erwecken, als sei er unbeirrbar auf "Westkurs" gegangen. Erst der Abrüstungsvertrag mit den USA und die NATO- Partnerschaft, dann die Anerkennung als Marktwirtschaft durch die EU, nun die Mitgliedschaft bei der G8.

Die Führer der großen Sieben haben eine pragmatische Entscheidung getroffen. Vor allem George Bush bedankt sich so für Moskaus Kooperation im Kampf gegen El Kaida. **Pure Heuchelei ist dagegen die Begründung, in Russland habe unter Putin eine "bemerkenswerte demokratische Umwandlung" stattgefunden.**

Tatsächlich hat sich Russland unter Putin in einen Staat mit starken autoritären Zügen zurückverwandelt, in dem eine echte Opposition genauso wenig existiert wie eine freie Presse. Gerade wurde der Journalist **Grigorij Pasko**, der für seine Enthüllungen über russische Schlampereien mit Atomwaffen einen Orden verdient hätte, ins Straflager geschickt. Gegen zwei ehemalige Geheimdienstler hielten Moskauer Militärgerichte rechtswidrige Schauprozesse ab.

Und **Moskaus menschenverachtender Krieg in Tschetschenien** verschwindet auch durch das Schweigen in Kanada nicht. Er verschwindet nicht, weil Politiker von Schröder bis Bush ihn totschweigen.

1996 wurde Russland in der Erwartung in den Europarat aufgenommen, dass es sich demokratisch entwickeln und so die Aufnahme nachträglich rechtfertigen würde. Das Gegenteil ist eingetreten. Für echte Anhänger demokratischer Werte ist die Entscheidung der mächtigen Sieben ein Schlag ins Gesicht.

Putins Oberliga-Lizenz

Die Aufwertung Russlands ist ein vorwiegend symbolischer Akt: Er honoriert das artige Benehmen Putins im Verkehr mit den sieben anderen

Von Karl Grobe, Frankfurter Rundschau, 28.06.2002

Russland darf vom Katzentisch aufstehen und sich an die Tafel der sieben anderen Großen setzen. Die sind übereingekommen, dass Russland unter Wladimir Putin deutliche Fortschritte in den Fächern Demokratie und Ökonomie gemacht habe und die Lizenz für die G-8-Liga bekommt. Das klingt gut; das bedeutet nicht viel.

Was den ersten Punkt angeht: Ein Gang zum Optiker ist angeraten, denn in der Selbstunterwerfung des Parlaments, der systematisierten Dressur wichtiger Massenmedien, der Fortdauer des Vernichtungskriegs in Tschetschenien und der allgemeinen Stärkung der Bürokratie einen demokratischen Fortschritt zu erkennen, deutet auf Sehstörungen hin. Der Apparat funktioniert besser, die Sprunghaftigkeit (um es vorsichtig zu sagen) der Jelzin-Ära ist beendet, die Abwicklungsgewinnler schießen nicht mehr aufeinander, sondern bedienen sich einigermaßen zivilisierter Kampfmittel, und sogar die Korruption ist unter strengerer Aufsicht. Demokratie ist das aber nicht. Die muss erst einmal gewagt werden.

Wirtschaftsfortschritt gibt es; und zwar dank hoher Rohstoffpreise. Russlands Ressourcen kommen auf den Weltmarkt. Da fließt kurzfristig Bargeld; doch der Investitionsboom zum Neuaufbau steckt im Vergleich dazu noch in der Anfangsphase. Immerhin sind ihm Börsenkräche amerikanisch-europäischer Art in letzter Zeit erspart geblieben. Das kann noch kommen.

Die Aufwertung Russlands ist ein vorwiegend symbolischer Akt. Er honoriert das artige Benehmen Putins im Verkehr mit den sieben anderen. Doch das Land baut er allein nicht auf.

"Wir kennen unsere Banditen"

Tageszeitung, Nr. 6786 vom 28.6.2002

aus Alchan-Kala/Tschetschenien KLAUS-HELGE DONATH

Punkt Viertel vor elf zerreißt ein Donnern die Stille. Die Erde bebt, Scheiben klirren, jeden Abend um die gleiche Zeit. Russische Soldaten erledigen ihr Tagessoll, zwei Schüsse pro Minute im Schnitt. 20, 25 Kilometer entfernt, irgendwo in den Bergen schlagen die Geschosse ein. Wo, das ist Nebensache. Viel wichtiger ist die Schussdichte: Je intensiver, desto höher die Zulage. Buchhaltung entscheidet über Krieg oder Frieden in der abtrünnigen Kaukasus-Republik.

An diesem Abend bleibt es verdächtig ruhig. Erst gegen ein Uhr nachts setzt schwerer Schusswechsel ein. Tschetschenische Rebellen beschießen die russische Kommandatur in Atschkoi Martan mit Granatwerfern und MG-Salven. Nach zwei Stunden ist der Spuk vorbei. Die Rebellen ziehen feixend ab, aufrechten Ganges und ohne Deckung. Kein russischer Posten nimmt ihre Verfolgung auf. **Dabei stehen nach Angaben unabhängiger Beobachter zurzeit noch 200.000 Mann in der Kaukasus-Republik.**

Das Gefecht dieser Nacht verläuft glimpflich, nur Sachschaden entsteht: Atschkoi's zentrale Gasleitung geht in Flammen auf. Anfang Juni waren Rebellen an verschiedenen Orten gegen russische Stellungen vorgegangen. Hinter diesen Angriffen verbirgt sich keine groß angelegte Offensive. Denn Hoffnungen, das Kriegsglück noch zu wenden, hegen die Freischärler längst nicht mehr - die Überlegenheit des Gegners und mangelnder Rückhalt der Aufständischen in der tschetschenischen Bevölkerung verbieten dies.

In derselben Nacht wird auch der provisorische Sitz der Verwaltung in Schatoi überfallen. 40 Rebellen liefern sich mit tschetschenischen Polizisten eine zweistündige Schlacht. Auf Munition und Waffen sollen sie es abgesehen haben. Das russische Stabsquartier liegt nur einige hundert Meter entfernt, dennoch schicken die Militärs erst eine halbe Stunde nach Abzug der Rebellen Hilfe. 6.000 Soldaten kommen auf 13.500 Einwohner in der Region. Auch hier nimmt niemand die Verfolgung der Freischärler auf. **"Das hat System",** meint Landrat **Said Dusujew, "die Banditen und der militärische Geheimdienst (GRU) sind Waffenbrüder."**

Banditen nennt Dusujew die Freischärler, auf die er ähnlich schlecht zu sprechen ist wie die prorussische Regierung in Grosny und Moskaus Militärs auf ihn, den unbequemen Landrat. Dusujew nimmt kein Blatt vor den Mund - demonstrativ stellt er Furchtlosigkeit zur Schau. Er ist einer von zwei Landräten in dem von russischen Truppen besetzten Tschetschenien, die sich überhaupt auf ein Mandat der Bevölkerung stützen können. Er verzichtet auf Leibwächter und trägt keine Waffe.

Trotz erheblicher Vorbehalte hat Said Dusujew mit den Militärs eine Regelung gefunden. Dieser seiner Politik sei es zu verdanken, dass es seit Kriegsausbruch vor drei Jahren keine Hausdurchsuchungen der Militärs mehr gegeben habe, bei denen verdächtige Zivilisten gefoltert, ermordet und entführt werden. Die Hochgebirgsregion Schatoi liegt in der Nähe der georgischen Grenze. Seit die Freischärler vor der russischen Armee aus Tschetscheniens Hauptstadt Grosny fliehen mussten, operieren sie von den Bergen aus. Sollte die russische Armee im Herbst, wie angekündigt, abziehen, würden die Bewohner der Bergregion "den Kriminellen einfach ausgeliefert".

Dusujew ist überzeugt, dass die **russische Regierung kein Interesse an Frieden und Ordnung in Tschetschenien** hat. Misstrauisch verfolge der Militärstab in Alchan-Kala daher jede pragmatische Politik, die versucht, den Rebellen in den Bergen den Boden zu entziehen. Es sei wohl kein Zufall, wenn ehemalige Freischärler plötzlich die Uniform der moskautreuen tschetschenischen Polizei tragen. In Schatoi werden Bewerber indes auf Herz und Nieren geprüft: "Wir kennen unsere Banditen", so Dusujew.

Dusujew regiert in einem notdürftig hergerichteten Verwaltungsgebäude mit dem einzigen Telefon für 13.500 Einwohner. Gerade mal zwei Schreibtische haben in seinem Büro Platz. 28 Millionen Rubel, (ca. 1 Million Euro) sind im Wiederaufbauplan des Kreml für Schatoi vorgesehen. Keine Kopeke ist bisher eingetroffen, abgeschrieben worden sei aber die ganze Summe, meint Dusujew. In Moskau klapperte er die Ministerien ab, nicht etwa weil er hoffte, das Geld noch aufzutreiben, sondern um den Betrug aktenkundig zu machen. "Für den Rückflug habe ich eine andere Route genommen und das Ticket erst im letzten Moment gekauft", sagt er. "Dem Geheimdienst ist alles zuzutrauen."

Von Schatoi ins 60 Kilometer entfernte Grosny ist es eine Tagestour. Die Brücke über den Argun ist seit zwei Jahren gesprengt, 30.000 US-Dollar würde eine neue kosten. Für die Hauptverbindungsstraße zwischen Ebene und Bergregion ist aber im tschetschenischen Budget kein Posten vorgesehen. So wird der Pkw auf einen Laster verladen und durch den reißenden Argun jongliert. Die Route über Duba Jurt ist gesperrt, seit die Armee dort Säuberungen durchführt.

Trotz der Beteuerungen des Kreml findet **in Tschetschenien kein Wiederaufbau statt**. Nach wie vor ist Grosny wohl der Welt größter Schutthaufen. Nichts hat sich seit dem Einmarsch der russischen "Ordnungshüter" im Herbst 1999 verändert. Die Menschen hausen in Ruinen. Wer einen Schritt neben den Weg zum Unterschlupf setzt, läuft Gefahr, auf eine Mine zu treten. Vor allem jugendliche Minenopfer liegen im zentralen Krankenhaus Nummer 9 in Grosny.

Auf- und abgeräumt wird scheinbar nur dort, wo korrupte Bürokraten Trümmer als Baumaterial an Privatleute verhöckern.

Grosnys Krankenhaus Nummer 9 befindet sich immer noch im gleichen erbärmlichen Zustand wie unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen im Frühjahr 2000. Nur zwei Etagen des fünfstöckigen Gebäudes sind nutzbar, meint Chefarzt **Abdullah Ismail**. Immerhin stellte das russische Gesundheitsministerium im letzten Jahr zwei Krankswagen und einige Computer zur Verfügung - für eine Stadt, in der nach offiziellen Angaben wieder knapp 200.000 Einwohner leben. Überdies fehlen Fachärzte, kaum ein ehemaliger Mitarbeiter kehrte zurück; die Lebensbedingungen in der Ruinenlandschaft und die Willkür der russischen Militärs verhindern das.

Die Ausstattung der Krankenzimmer gleicht einem Sperrmülldepot. Das propagandageschulte Moskau hält es nicht einmal für nötig, das wichtigste Krankenhaus der Republik als Vorzeigeobjekt herzurichten. Die Botschaft ist eindeutig: Der Kreml will an der Lage im Kaukasus nichts ändern und sorgt sich mittlerweile nicht mal mehr um seinen Ruf im Ausland.

Das **einzigste schmucke Gebäude der Stadt gehört der Elektrizitätsgesellschaft Nurenergo**. 90 Prozent der tschetschenischen Ortschaften haben die E-Werker inzwischen wieder ans Netz gelegt. "Hundert Prozent schaffen wir nie", meint ein führender Mitarbeiter. Denn Buntmetalle sind nach wie vor begehrt, und deren rapider Schwund geht meist auf das Konto der Armee. Aus Langeweile oder in Trunkenheit zerschießen Soldaten die Leitungen. Wieder nüchtern geworden, verkaufen sie das Metall weiter. Illegaler Handel mit allem, was nicht niet- und nagelfest ist, gedeiht weiterhin vortrefflich.

Die wilden Ölquellen haben lokale moskautreue Machthaber und Militärs unter sich aufgeteilt. Früher finanzierten die Rebellen damit den Widerstand. Mussa, der bis vor kurzem einen Tankwagen fuhr, erzählt, wie er nachts unbehelligt Straßenkontrollen passiert und auf der russischen Seite der Grenze vom Geheimdienst erwartet und zur Raffinerie im Gebiet Stawropol eskortiert wird.

An den Straßensperren in Tschetschenien stehen unterdessen **staatlich legitimierte Wegelagerer**. Sie machen der Zivilbevölkerung das Leben zur Hölle. Wer keinen Wegezoll entrichtet, muss damit rechnen, auf der Stelle verhaftet zu werden.

Die Kontrollposten belegen indes die wechselseitige Durchdringung der kaukasischen und russischen Kultur. Alles ist käuflich. Einziger Unterschied: Die Kaukasier achten auf ein Preis-Leistungs-Verhältnis, die **Russen lassen sich vom Nachdurst treiben**. Die Maut richtet sich nach Ziel und Ladung, selbst Munition und Patronen sind heiß begehrt.

Fast ein Jahrzehnt befindet sich Tschetschenien im Kriegszustand. **Die Brutalität der Besatzungsmacht hat alle Normen außer Kraft gesetzt.** Die Grenzen zwischen Kollaborateuren und engagierten Pragmatikern sind fließend. Nur eines beherrscht Tschetschenien: der Zynismus. "Je häufiger die politisch Verantwortlichen wechseln", so ein Polizeichef, "desto besser für uns."

hintergrund

Der Krieg in Tschetschenien

Tageszeitung Nr. 6786 vom 28.6.2002

Offiziell hat Moskau den Krieg in Tschetschenien im Frühjahr 2000 beendet. Seither gilt die russische Militärpräsenz in der abtrünnigen Kaukasus-Republik als Maßnahme zur **Terrorbekämpfung**. Die russische Regierung hat nach eigenen Angaben das jüngste Angebot des tschetschenischen Rebellenführers Aslan Maschadow zu **Friedensgesprächen** abgelehnt. "Gespräche mit Herrn Maschadow werden nur stattfinden, wenn er mit erhobenen Händen herauskommt", sagte am Dienstag der russische **Verteidigungsminister Sergej Iwanow**. Nach Schätzungen unabhängiger Beobachter stehen nach wie vor etwa **200.000 russische "Ordnungshüter"** in der Kaukasus-Republik. Offiziell räumt die russische Regierung die Zahl von 90.000 Soldaten ein. Während über die Zahl der Opfer unter der tschetschenischen Zivilbevölkerung und den Freischärlern nichts Genaues bekannt ist, fielen laut Kreml bis März dieses Jahres 3.770 russische Soldaten, 12.796 wurden verwundet. Verlässliche Schätzungen des Komitees der Soldatenmütter indes gehen von über 10.000 Gefallenen und 20.000 bis 25.000 Verwundeten aus. **KHD**

Russische «Anti-Terror-Operationen» in schiefem Licht

Neue Zürcher Zeitung, 28.06.2002

win. Moskau, Ende Juni - Verschiedene jüngere Berichte aus der abtrünnigen russischen Republik Tschetschenien geben keinerlei Anlass zu Hoffnungen auf eine Besserung der Lage. In besonders schiefes Licht geraten die sogenannten «Säuberungsaktionen» der russischen Truppen, deren Moral sich völlig zu zersetzen scheint.

Es vergeht praktisch kein Tag, ohne dass nicht eine der russischen Agenturen über Verluste unter den russischen Armee- und Polizeitruppen in der abtrünnigen Republik Tschetschenien berichten. Schüsse aus dem Hinterhalt und Minen auf Strassen und Wegen sind dabei die am häufigsten eingesetzten Waffen. Von solchen Berichten nicht erfasst werden Ermordungen und Entführungen angeblicher oder tatsächlicher Kollaborateure, jener Tschetschenen, die sich aus Überzeugung oder wegen der Aussichten auf Macht und Geld auf die Seite der Russen geschlagen haben.

Racheakte gegen die Zivilbevölkerung

Noch weniger allerdings wird in Russland über jene berichtet, die unter dem 1999 ausgebrochenen zweiten Tschetschenienkrieg am meisten leiden: die Zivilbevölkerung. Ab und zu gelingt es Menschenrechtsaktivisten oder couragierten Journalisten, Augenzeugenberichte über Greueltaten der russischen Truppen oder der tschetschenischen Guerilla und von deren Verbündeten zu sammeln und zu publizieren. Ganz selten nur dringen aus dem politischen oder militärischen Apparat Meldungen an die Öffentlichkeit, welche ein Licht auf die Art der russischen «Anti-Terror- Operationen» und den moralischen Zustand dieser Truppen werfen.

Vor kurzem ereignete sich ein solches aussergewöhnliches Ereignis, als der tschetschenische Abgeordnete in der Staatsduma **Aslambek Aslachanow** vor der Presse in Moskau über die Auswirkungen der sogenannten Säuberungsaktionen der russischen Streitkräfte in seiner Heimat berichtete. Dabei riegelten die Truppen jeweils ganze Dörfer und Stadtteile ab, durchkämmten sie systematisch und suchten nach Bewaffneten, Waffen und Helfern der Rebellen.

Laut Aslachanow bewog ihn der **Besuch einer Delegation aus dem Dorf Mesker-Jurt** dazu, Nachforschungen über eine «Säuberungsaktion» anzustellen, welche die russischen Truppen dort im vergangenen Monat während dreier Wochen durchgeführt hatten. In Mesker-Jurt und im benachbarten **Tschetschen-Aul** seien dieser Operation gegen 30 Zivilpersonen unmittelbar zum Opfer gefallen, mehrere Dutzend andere gälten seither als vermisst. Die Leichen habe man meist nur noch anhand von Kleiderfetzen identifizieren können. Laut Aslachanow versucht niemand, die Urheber solcher Greuel zur Rechenschaft zu ziehen, da die an solchen Operationen Beteiligten in der Regel maskiert seien und zudem von den militärischen Untersuchungsrichtern gedeckt würden.

Erst in diesem Frühling hatte der Oberkommandierende der russischen Streitkräfte im nordkaukasischen Einsatzgebiet, **General Moltenskoj**, einen Befehl erlassen, der den russischen Truppen unter anderem vorschreibt, sich bei Hausdurchsuchungen zu identifizieren und Listen von Verhafteten zu führen, welche von Vertretern der tschetschenischen Zivilverwaltung gegengezeichnet werden müssen. Sowohl Aslachanows Schilderung als auch mehrere Berichte von Menschenrechtsorganisationen unterstreichen, dass die Truppen diesen Befehl schlicht ignorieren oder aber umgehen, indem sie die **Tschetschenen mit massiven Drohungen dazu zwingen, die korrekte, befehlsgetreue Durchführung der Operationen zu bezeugen**.

Aslachanow bezeichnete die «Säuberungsaktionen» der Streitkräfte als Verbrechen. Sie führten zudem dazu, dass die jungen Männer die Dörfer und Städte in Scharen verliessen und in die Berge flüchteten, wo sich die Guerilla eingenistet hat.

Putins frommer Wunsch

Die «Säuberungsaktionen» waren sogar bei der grossen Pressekonferenz Präsident Putins am vergangenen Montag zur Sprache gekommen. Putin sagte damals, diese müssten nicht verbessert, sondern eingestellt werden. Allerdings knüpfte er ein Ende dieser Operationen an die Bedingung, dass die tschetschenische Verwaltung und die einheimischen Sicherheitskräfte in der Lage sein müssten, das Territorium der Republik im Nordkaukasus selber wirksam zu verteidigen. Putin hatte damals auch dazu aufgerufen, nicht das tschetschenische Volk für die Taten von Terroristen verantwortlich zu machen. Aslachanow stiess nun ins gleiche Horn. Die russische Öffentlichkeit müsse vom Klischee der Tschetschenen als schwer bewaffneter, bärtiger Guerillakämpfer Abschied nehmen und endlich zur Einsicht gelangen, dass jene, die noch in Tschetschenien lebten, normale Menschen seien, die in Frieden arbeiten wollten.

Alles ist käuflich

Doch nicht nur die Greueltaten der russischen Truppen, die wohl in erster Linie die schlechte Führung, die mangelnde Ausbildung und Ausrüstung sowie die immer weiter steigende Frustration über einen Krieg spiegeln, der so nicht gewonnen werden kann, sondern auch der moralische Zustand der Truppen gerät zunehmend in ein schiefes Licht. Zwei Beispiele aus jüngerer Zeit mögen dies veranschaulichen. Fast zur gleichen Zeit als Putin im Kreml zu über 700 Journalisten sprach, teilte der stellvertretende Generalstaatsanwalt in Dagestan mit, im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Siegesparade am 9. Mai in der dagestanischen Hafenstadt Kaspisk, bei dem 45 Personen ums Leben kamen, seien acht Personen verhaftet worden. Der Anschlag sei von einer 18-köpfigen Gruppe unter dem Kommando eines dagestanischen Islamisten namens Chalilow, der sich den tschetschenischen Rebellen angeschlossen habe, geplant und ausgeführt worden.

Etwas verschämt am Ende der Agenturmeldung hiess es, auch sechs Angehörige einer in Dagestan stationierten Einheit der russischen Armee seien verhaftet worden. Den russischen Untersuchungsbehörden war es offenbar gelungen, die Panzermine, welche beim Anschlag in Kaspisk eingesetzt worden war, anhand der Splitter zu identifizieren. Die Spur führte zu einem Offizier, der den Sprengkörper an die Urheber des Anschlags verkauft hatte. Er selber hatte die Mine von einem anderen Offizier erworben, der sie aus einem Militärdepot entwendet hatte. Seit langem wird darüber spekuliert, dass der Tschetschenienkrieg unter anderem darum nicht auf dem Verhandlungsweg gelöst werden kann, weil zu viele der Involvierten mit dem Handel von Waffen, Munition und Brennstoff Vermögen anhäufen.

Washington isoliert sich **Boykott des Haager Strafgerichtshofs ist falsch und riskant**

Georg Escher, Nürnberger Nachrichten, 02.07.2002

Dieser Tag hätte zu einem Triumph für die USA werden können, ja müssen. Die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs ist die Erfüllung einer kühnen Vision, für die seit den Tagen der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse niemand entschlossener eingetreten ist als die Amerikaner. Nun, da dieses Menschenrechtstribunal endlich seine Arbeit aufnehmen kann, stehen die USA schimpfend abseits. Der heutige US-Präsident lädt eine schwere Bürde auf sich. Dem Vermächtnis eines Roosevelt, Eisenhower oder Kennedy wird der heutige Amtsinhaber nicht gerecht. Amerika wird vermutlich erst später ermessen, welchen tragischen Fehler das Land damit begangen hat.

Mit den Schmuddelkindern

Es reicht im Grunde ein Blick auf die Liste der übrigen Staaten, die den neuen Strafgerichtshof ablehnen. ... Auch Russland und China, zwei weitere Mitglieder des Uno-Sicherheitsrates, die das Tribunal am liebsten verhindert hätten, haben wenig ehrenwerte Motive. **Moskau muss Anklagen wegen der Gräueltaten in Tschetschenien fürchten**, Pekings Regime wegen der Unterdrückung der Tibetaner. Nun stehen auch die USA in der Reihe der Schmuddelkinder. Ein unfassbarer Vorgang für ein Land mit einer solch stolzen Tradition von Demokratie und Recht. ...

Skandalprozess um russischen Oberst bringt Moskau in Bedrängnis

Oberst Juri Budanow ist angeklagt

wegen Kidnappings, Mordes und Überschreitung seiner Dienstvollmachten

Von Jens Hartmann , Die WELT, 03.07.2002

Moskau - "Freiheit für einen russischen Offizier", heißt es auf einem Plakat, das eine Rentnerin vor dem Gericht in der südrussischen Stadt Rostow am Don in die Höhe reckt. Doch die Worte, die Richter Viktor Kostin im Gerichtssaal fallen ließ, enttäuschten die Frau auf der Straße vorerst. Denn der russische Offizier, Oberst Juri Budanow, angeklagt wegen Kidnappings, Mordes und Überschreitung seiner Dienstvollmachten, bleibt in Haft. Er soll nun noch einmal von einem Psychiater untersucht werden. Das Gutachten wäre das dritte in dem sich über lähmende eineinhalb Jahre hinziehenden Verfahren. Die erste Expertise hatte ergeben, dass Budanow zum Tatzeitpunkt voll zurechnungsfähig war, die zweite hatte dem Offizier "zeitweilige Unzurechnungsfähigkeit" bescheinigt.

Das Verfahren in Rostow wird vor allem in der abtrünnigen Kaukasusrepublik Tschetschenien mit Argusaugen verfolgt. Budanow, Kommandeur des 160. Panzerverbandes, hatte am 26. März 2000 in Wodkalaune das benachbarte tschetschenische Dorf Tangi-Tschu beschießen lassen. Nachdem er mit den Granateinschlägen unzufrieden war und den Artilleristen halb tot geschlagen hatte, führen er und drei Untergebene in das Dorf. Budanow verschleppte die 18-jährige **Heda Kungajewa** in sein Zeltlager. Dort schnitt er die Kleidung des Mädchens in Streifen und erdrosselte es. Der Gerichtsmediziner stellte auch schwere Verletzungen im Genitalbereich des Opfers fest, eine Anklage wegen Vergewaltigung wurde indes nicht erhoben.

Budanow bestreitet die Tat nicht. Das Mädchen sei eine Scharfschützin gewesen und habe ihn beim Verhör attackiert. Er habe die Fassung verloren. Die Eltern sagen, Heda habe nie eine Waffe in Händen gehalten. In dem Prozess kam Budanow gegenüber den Eltern der Getöteten kein Wort der Reue über die Lippen. In seinem Schlusswort entschuldigte er sich vielmehr beim Richter, ihm so viel Zeit gestohlen zu haben.

Zuletzt hatte **Militärstaatsanwalt Sergei Nasarow** drei Jahre Haft wegen Überschreitung der Dienstvollmachten gefordert. Budanow wäre amnestiert worden. Ein solcher De-facto-Freispruch fand indes in den letzten Wochen immer weniger Rückhalt im Kreml und bei der Militärführung. Schließlich häufen sich Verbrechen der Streitkräfte bei den so genannten Säuberungsaktionen in Tschetschenien. Russland steht deshalb international am Pranger. Nasarow wurde wegen seiner weichen Haltung vergangene Woche durch einen Mann aus Moskau ersetzt. **Wladimir Milowanow** soll nun, so wünscht es sich der Generalstaatsanwalt, die Anklage "energischer als bisher" vertreten.

Tschetschenien ist ein vergewaltigtes Land

Auch wenn der Krieg nicht mehr ganz so wütet, herrschen Angst, Terror und Gewalt in Grosny und Umgebung

Von Jens Hartmann , Die WELT, 03.07.2002

Grosny - Es ist, als wäre ein Piratenschiff auf Grund gelaufen inmitten dieser staubigen Trümmerwüste. Ein Muskelprotz sitzt mit nacktem Oberkörper auf dem Deck, das mit Sandsäcken gepolstert ist. Er sticht gerade seinem Kameraden, der sich mit einem Kopftuch vor der Sonne schützt, mit der Tätowiernadel in den Rücken. Anstelle des Totenkopfs mit gekreuzten Knochen ragt die russische Trikolore in den grellen Mittagshimmel.

Auf dem Unterdeck, das mit seinen Munitionskisten und Betonklötzen nach Verteidigung startt, patrouillieren zwei Soldaten der Spezialeinheit **OMON**, gespiegelte Sonnenbrillen auf der Nase und die Kalaschnikow auf der nackten Schulter. "Blockpost", heißen diese Kontrollposten auf Russisch. Wer sich durch die tschetschenische Hauptstadt bewegt, muss alle fünf Minuten an ihnen vorbei. "Die nehmen alle Wegezoll, diese Gangster", weiß die tschetschenische Marktfrau Apti zu berichten.

Eine Reise durch Tschetschenien ist eine Fahrt durch einen vergewaltigten Landstrich. In den Dörfern huschen Gartenhäuser mit der Aufschrift "Zu verkaufen" am Auge vorbei. Für umgerechnet rund 150 Euro ist ein Gehöft zu haben. Männern kauern am Straßenrand tief in der Hocke, spucken Sonnenblumenkerne aus. Die Arbeitslosigkeit dürfte jenseits der 80 Prozent liegen. Immerhin: Felder werden wieder bestellt. Ein Marktflecken. Dörrfisch baumelt am Verkaufsstand, Baltika-Bier lagert im Kühlschrank, von Pralinenschachteln lächeln Mädchen.

Tschetschenien, so groß wie Schleswig-Holstein, hat in einem Jahrzehnt zwei Kriege und trügerische Frieden ertragen müssen. Es mögen eine Million Menschen sein, die heute dort leben. Genau weiß das niemand.

150 000 Tschetschenen harren noch als Flüchtlinge in der Nachbarrepublik Inguschien aus. Sie sollen, so will es jedenfalls der russische Präsident Wladimir Putin, bis September wieder in Tschetschenien angesiedelt sein. Die Zeit sei reif dafür, heißt es; schließlich, so Putin, sei die "militärische Phase der Anti-Terror-Operation abgeschlossen".

Die tschetschenische Regierung ist von ihrem Volk durch Stacheldrahtrollen, Panzersperren und Betonmauern getrennt. Das Regierungsgebäude im Stadtzentrum von Grosny gleicht einem Hochsicherheitstrakt. **Stanislaw Iljassow**, Regierungschef von Putins Gnaden, rattert in seinem Kabinett die Erfolge herunter, die wohl eher aus dem Reich des Wunschenkens kommen. 100 000 neue Arbeitsplätze, 300 000 Rückkehrer, eine gute Zusammenarbeit zwischen Armee und Bevölkerung, kurz: "Wir sind erfolgreich, wir bauen das Land auf, wir finden Unterstützung", sagt er ohne Luft zu holen. Die Flüchtlinge? "Sie können sofort kommen, alles ist bereit."

Ein Amtszimmer weiter zeichnet seine tschetschenische Stellvertreterin **Amnat Batyschewa** ein anderes Bild. "Der Wiederaufbau geht überhaupt nicht voran. Es gibt weder Geld für die Renovierung von Krankenhäusern noch von Schulen. Die Dächer sind undicht, die Kinder sitzen auf Betonfußböden. Wohnhäuser werden nicht gebaut." Dafür verschwinde Aufbauhilfe. **Flüchtlinge? "Für ihre Rückkehr fehlen die elementarsten Bedingungen."** Immerhin gingen die Kinder wieder in die Schule.

Schusswunden haben die Fassade des **9. Krankenhauses von Grosny**, das wir über entsetzlich holprige Straßen erreichen, entstellt. In dem Gebäude suchen die Ärzte Roslambek Maschojew und Salman Jandarow, so etwas wie Ordnung zu organisieren. Extrembedingungen ist die Klinik gewöhnt. Während der Kriege amputierten Ärzte Patienten ohne Narkose Arme und Beine. Heute gibt es, dank westlicher Hilfe, wieder Medizin und Verbandsmaterial, wenn auch nicht in ausreichender Menge.

In den Zimmern liegen sechs bis acht Kranke. Bilal (20) löste eine Sprengfalle aus, als er in der Konservenfabrik Ziegelsteine barg. Das linke Bein ist zersplittert, der Bauch mit groben Stichen zugenäht und grünem Jod bestrichen. Die Lage in Tschetschenien sei so schlecht wie eh und je, erzählt Bilal. Vor drei Tagen sei der 18-jährige Nachbarssohn Islam abgeholt worden. Gegenüber liegen drei Brüder. Hassan (18) trat auf eine Mine, Ali (17) brach sich nur das Bein, und der kleine Mansur (7) geriet unter ein Auto. "Sie quälen uns jeden Tag bei ihren Säuberungen", sagt Ali, der vor dem Unfall in den Trümmern des Lermontow-Theaters auf der Baustelle arbeitete. Wie viele Menschen bei Säuberungsaktionen entführt wurden, kann nicht einmal Staatsanwalt Nikolai Kostjutschenko sagen. Im Gespräch schwanken seine Angaben zwischen 65 und 500.

Mit ihren Übergriffen haben sich die Russen den Ruf einer Besatzungsmacht erworben. Dass bei Razzien in Dörfern Einheimische gepresst werden, Quittungen auszustellen, in denen es heißt: "Hiermit bestätige ich, dass ich zwei Hammel, einen Kühlschrank und meinen Goldschmuck dem Gefreiten Iwanow schenke", wird von einem russischen Milizangehörigen als "ortsübliche Geste der Gastfreundschaft" bezeichnet.

Die russischen Streitkräfte, die mit offiziell 87 000 Mann in Tschetschenien stehen, richten sich für länger ein. Auf den Stützpunkten "Sewerni" und in Chankala, wo die Truppenführung ihr Hauptquartier hat, werden Kasernen, Schulen, Kindergärten gebaut. Abends kehren Kampfhubschrauber des Typs "Schwarzer Hai" von ihren

Einsätzen zurück, das Rauschen der Kampfjets, die im gebirgigen Süden Angriffe fliegen, ist nicht zu überhören. Nachts donnert Artillerie. Die Rebellen sind nicht weniger zimperlich. Sie legen Sprengsätze, überfallen Kolonnen. Die Verluste sind groß. Seit Kriegsbeginn verloren die Russen offiziellen Angaben zufolge mehr als 4000 Mann, 10 000 wurden verwundet. Die Rebellen verloren Moskau zufolge 12 971 Mann: wohl eher eine grobe Schätzung. **Zivile Opfer erscheinen in keiner Statistik.**

In Grosny lebten vor den Kriegen 600 000 Menschen, heute überleben dort 150 000. In drei renovierte neunstöckige Häuser in der Karl-Liebknecht-Straße 7/7a sollen 100 Familien einziehen. Asina hat für sich und ihre acht Kinder eine Drei-Zimmer-Wohnung ergattern können. Von der neuen Bleibe, auf die sie stolz ist, will sie nicht erzählen. Ihr Heimatdorf **Machkety** sei von der russischen Luftwaffe attackiert worden. 24 Tote, darunter ihr Schwiegersohn. **"Zerfetzte Füße, abgerissene Körperteile, ein Arm liegt herum, ein Torso, überall Blut."**

Von einer politischen Lösung ist keine Rede in diesen Junitagen. Während wir uns in Tschetschenien aufhalten, gilt die Lage als ruhig. Will heißen: Bei einem Angriff auf einen "Blockpost" in Urus-Martan sterben drei Soldaten, bei Minen- und Granatexplosionen werden acht Mann verletzt, Angriffe werden geflogen. Bei Razzien werden 13 Granat- und ein Feuerwerfer, eine Kanone, sechs MGs, 31 MPs, drei Pistolen und zehn Jagdflinten sowie 3,4 Kilo Sprengstoff konfisziert.

Auf dem Rückweg stoppt unsere Kolonne aus drei gepanzerten Jeeps und einem Minibus. Die Straße ist blockiert, Soldaten stochn nach Sprengsätzen, sie haben bereits eine Anti-Panzer-Mine gefunden. Eine halbe Stunde später, wir haben den Terek-Fluss hinter uns gelassen, stößt unser Begleitjeep frontal mit einem Armee-laster zusammen. Der Unfall fordert fünf Menschenleben, darunter das von Oleg Schmakow, dem Hauptmann aus Sibirien. Hinter uns drängt ein Panzerspähwagen, auf dem fünf verummte Gestalten sitzen, auf Weiterfahrt.

"Russland hat ein Potemkinsches Dorf errichtet"

Das Land sei von Demokratie und Stabilität weit entfernt. Hinzu komme die Gefahr eines Putsches, fürchtet Grigori Jawlinski

Die WELT, 08.07.2002

Moskau - Seit Jahren kämpft der liberale russische Oppositionspolitiker Grigori Jawlinski für eine Demokratisierung der russischen Gesellschaft, für einen strikten Kurs in Richtung Westen und für den Aufbau einer Zivilgesellschaft. Heute fürchtet er, dass die alten Kräfte Präsident Putin zu entmachten versuchen. Die Stabilität im Lande sei trügerisch, sagt Jawlinski im Gespräch mit unserem Korrespondenten Manfred Quiring.

DIE WELT: Ruhe und Stabilität, so scheint es, sind in Russland eingezogen. Ist das Land endlich auf dem richtigen Wege?

Grigori Jawlinski: Der Umweltschützer Grigori Pasko sitzt im Gefängnis. Oberst Budanow, der ein tschetschenisches Mädchen vergewaltigt und ermordet hat, kommt wegen Unzurechnungsfähigkeit davon, aber der Unzurechnungsfähige darf eine Panzerdivision befehligen. Erst kürzlich beklagten sich eine Reihe ausländischer Botschafter beim Außenministerium, dass es gefährlich geworden sei, sich auf russischen Straßen aufzuhalten. Soweit zum Eindruck von Ruhe und Stabilität. Meiner Ansicht nach ist Russland nicht stabil. Denn der gegenwärtige Zustand basiert nicht auf ausbalancierten politischen Gleichgewichten und Instituten, sondern darauf, dass es keine Medienfreiheit gibt, keine freie Diskussion, keine Gewerkschaften und keine Möglichkeit für politische Parteien, ihre Meinung offen zu verkünden. Diese Pseudo-Stabilität kann in jedem Moment zu einer jähren, heftigen Wende führen. Und was den Entwicklungsweg angeht: In Russland setzt sich die Entwicklung des eng begrenzten korporativen Systems, die Stärkung des Jelzin-Systems fort.

DIE WELT: In dem Zusammenhang wurde der Begriff der "gesteuerten Demokratie" geprägt.

Jawlinski: Das ist inzwischen schon keine Demokratie mehr, wie es sie früher gab. Im ersten und zweiten TV-Kanal herrscht die Zensur, Wahlen werden manipuliert, ebenso die Gerichte. Was ist das für eine Demokratie? ...

DIE WELT: Ein weiterhin brennendes Problem ist der Krieg in Tschetschenien. Wie kann es gelöst werden?

Jawlinski: Durch Verhandlungen mit Maschadow.

DIE WELT: Die russische Führung behauptet, er kontrolliere die Situation nicht, wäre also kein Verhandlungspartner.

Jawlinski: Das Tschetschenien-Problem wird erst dann gelöst, wenn im Kreml eine Versammlung zur friedlichen Regelung unter Vorsitz von Präsident Putin abgehalten wird, an der auch die Tschetschenen beteiligt sind.

DIE WELT: *Wie ist Ihre Prognose für die Zukunft Ihres Landes?*

Jawlinski: In Russland setzt sich die sehr langsame und sehr mühsame Bewegung, mal vorwärts, mal rückwärts, weg vom Sowjetkommunismus fort. Das wird noch lange dauern. Mein Traum und die Aufgabe meiner Partei bestehen darin, dass Russland innerhalb von 25 Jahren ein Mitglied Europas wird. Früher wird es nichts.

DIE WELT: *So pessimistisch?*

Jawlinski: Nein, das ist die optimistischste Prognose, die ich abgeben kann.

Russische Menschenrechtler kritisieren den Westen

WEGEN BETEILIGUNG AM ANTI-TERROR-KAMPF ERHALTE MOSKAU "GENERALPARDON" FÜR ÜBERGRIFFE UND MEDIEN-GLEICHSCHALTUNG

ERICH WIESNER, Märkische Allgemeine, 11.07.2002

MOSKAU. 470 Seiten stark ist das Papier, mit dem Bürgerrechtler aus der Moskauer Helsinki-Gruppe Wladimir Putin eklatante Verletzungen von Menschenrechten in Russland vorwerfen. Darunter vor allem gegen Presse- und Meinungsfreiheit. Auch Wahlmanipulationen in den verschiedenen Regionen wird kritisiert. Diese Verstöße würden sich Jahr um Jahr wiederholen und leider hätten Bürgerrechtler keinerlei Einfluss, diese Missstände radikal zu verändern, sagte Sergej Lukaschewski, einer der Autoren des Berichts.

Gleichzeitig warf die Chefin der Moskauer Helsinki-Gruppe, Ludmila Alexejewa, dem Westen vor, Menschenrechtsverletzungen, vor allem in Tschetschenien zu ignorieren. Die Staatschefs der USA und der EU, die anfangs Moskaus Vorgehen gegen die Rebellenrepublik attackierten, hätten nach dem 11. September ihre Kritik an Putin erheblich zurückgeschraubt. Durch dessen Unterstützung für den "Krieg gegen den Terrorismus" habe Russland Generalpardon für alle Menschenrechtsverletzungen erhalten, sagte Alexejewa.

Der Bericht setzt sich detailliert mit der Menschenrechtssituation in allen 89 Regionen Russlands auseinander. Eine gesondertes Kapitel ist **Tschetschenien** gewidmet, wo die Helsinki-Gruppe keinerlei Verbesserungen erkennen kann. Das Papier listet besonders krasse Einzelfälle mit Namen und Adresse auf: Nach wie vor werden Tschetschenen von russischen Ordnungskräften wegen angeblicher Unterstützung der Freischärler **verschleppt und getötet**. Ähnliches berichtete auch eine tschetschenische Journalistin im russischen Dienst des US-Auslandssenders Radio Liberty. Demzufolge hätte es die berüchtigten **"Säuberungen"** sogar in **Krankenhäusern in Grosny** gegeben, **mehrere Schwerkranke seien kurz darauf von russischen Soldaten unmittelbarer Nähe der Klinik erschossen worden**.

Der Bericht der Helsinki-Gruppe wirft der russischen Regierung zudem Versuche vor, 150 000 Kriegsflüchtlinge aus der Nachbarrepublik Inguschetien ohne Sicherheitsgarantien und Beihilfen zwangsweise nach Tschetschenien zurückzuschicken.

Breiten Raum nehmen in dem Papier auch Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus ein. Bisher haben offizielle Stellen diese Bevölkerungsgruppen nicht effektiv vor Verfolgungen durch Skinheads und andere Extremisten schützen können. Außerdem prangerte der Bericht die vom Staat inszenierte feindliche Übernahme kritischer Medien, wie des TV-Privatsenders NTW als "größeren Verlust an Bürgerrechten" an.

Die Moskauer Helsinki-Gruppe gründete sich schon 1976, um den Schutz von Menschenrechten zu überwachen und einzufordern. Bis zum Ende der Sowjetunion arbeitete sie illegal.

OSZE-Parlament setzt eigene Akzente

Vizepräsident Gert Weisskirchen: Menschenrechte müssen auch im Antiterrorkampf oberste Priorität haben

Von Jochen Reinert, Neues Deutschland, 11.07.2002

Die sonst kaum wahrgenommene Parlamentarische Versammlung der OSZE wird mit ihrer Anti-Terror-Charta, die zum Abschluss ihrer Berliner Tagung angenommen wurde, nicht nur in Washington für einige Aufmerksamkeit sorgen.

Sechs Tage lang haben die 300 Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung der 55 Staaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Berliner Reichstag die Plätze ihrer Bundestags-

kollegen belegt – durchaus nicht ohne bemerkenswerte politische Resultate. Die am Mittwoch einstimmig angenommene »**Berliner Erklärung**« zum Kampf gegen den Terrorismus wird in die Geschichte der Organisation als wichtiges Korrektiv zu der vor allem von der westlichen Führungsmacht USA praktizierten Art und Weise des Antiterrorkrieges eingehen.

Im Gegensatz zu einseitiger militärischer Ausrichtung des Kampfes, der stetigen Inkaufnahme von »Kollateralschäden«, der Behandlung von Gefangenen entgegen dem humanitären Völkerrecht und der Einschränkung bürgerlicher Freiheiten haben die OSZE-Parlamentarier in ihrer Berliner Charta den Schutz der Menschenrechte in dieser Auseinandersetzung obenan gesetzt. In Artikel 80 werden alle Teilnehmerstaaten, Regierungen und Parlamente aufgefordert zu sichern, »dass sie in bewaffneten Konflikten und auch beim Kampf gegen den Terrorismus alle internationalen Prinzipien des humanitären Rechts, einschließlich der Genfer Konventionen und deren Zusatzprotokolle, einhalten und respektieren«.

Der neu gewählte Vizepräsident des OSZE-Parlaments Gert Weisskirchen (SPD) hielt gegenüber ND nicht damit hinter dem Berge, dass es zum Teil heftige Debatten mit Abgeordneten aus den USA und einigen anderen Staaten gegeben habe. Dabei sei es vor allem um drei Punkte gegangen. Erstens hätten die allermeisten OSZE-Parlamentarier im Unterschied zur gegenwärtigen Praxis der USA die Ansicht vertreten, dass der Kampf gegen den Terrorismus nicht von einem Land allein und nicht in erster Linie militärisch geführt werden sollte. Wenn dennoch militärisches Eingreifen notwendig sei, müsste dies in eine politische Strategie eingebettet sein, wobei auch nichtmilitärische Mittel stärker genutzt werden müssten. Das alles dürfte keinesfalls mit den Menschenrechts- und Demokratieprinzipien kollidieren, für die OSZE stehe. Die Menschenrechte hätten oberste Priorität.

Zweitens hätten die Debatten, so Weisskirchen weiter, dem **russischen Vorgehen in Tschetschenien** gegolten: Kein Land dürfe unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus innere Probleme gewaltsam lösen. **In diesem Sinne verurteilt Artikel 79 der Berliner Erklärung – ohne Russland zu nennen – »Staatsterrorismus in all seinen Formen«.** ...

Bei der Wahl zum neuen Präsidenten des OSZE-Parlaments unterlag der Franzose Michel Voisin dem von der sozialdemokratischen Gruppe aufgestellten Briten George Bruce. Neben Weisskirchen wurden Ihor Ostasch (Ukraine) und Barbara Haering (Schweiz) als weitere Vizepräsidenten gewählt. ...

Die Gegner des IStGH

Dolomiten Online, 12.07.2002

Den Haag (AFP) - Mit ihrem Widerstand gegen den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) stehen die USA nicht alleine da. Hier ein Überblick:

- **RUSSLAND** hat den Vertrag von Rom, mit dem der Strafgerichtshof 1998 beschlossen worden war, unterzeichnet. Die Ratifizierung lehnt Moskau bisher jedoch ab. Präsident Wladimir Putin zögert mit der Vorlage des Vertrags im Unterhaus aus zwei Gründen: Russland will zum einen nicht die Immunität seiner Diplomaten einschränken, zum anderen sollen russische Staatsbürger grundsätzlich nicht vor einem Internationalen Gerichtshof landen.
- **CHINA** lehnte den Strafgerichtshof von vornherein aus Angst um seine staatliche Souveränität ab. Gegen Peking sind im Ausland schon jetzt mehrere Klagen anhängig. So prozessieren mehrere Familien wegen des Tienanmen-Massakers von 1989 gegen die chinesische Regierung. Bei der brutalen Niederschlagung von Studentenprotesten waren damals Schätzungen zufolge mehrere hundert Menschen getötet worden. Auch Anhänger der in China verfolgten Falun-Gong-Bewegung wählen immer häufiger den Weg vor einen ausländischen Richter. Vor dem Internationalen Strafgerichtshof können diese Fälle nicht eingebracht werden, weil das Tribunal nur Vergehen nach dem 1. Juli ahnden kann.
- **ISRAEL** hat wie die USA den Vertrag von Rom zwar zunächst unterzeichnet, seine Unterschrift später aber wieder zurückgezogen. Der juristische Regierungsberater, Eljakim Rubinstein, befürchtet "politische oder sogar antisemitische Motivationen" gegen israelische Staatsbürger. Bedenken hat Israel auch gegen den IStGH-Passus, der die Ansiedelung eigener Bürger in besetzten Gebieten als Kriegsverbrechen einstuft. Als solche könnten dann auch die jüdischen Siedlungen im Westjordanland gelten und mehrere Wohnviertel in Jerusalem, die Israel 1967 annektiert hatte.

UN-Sicherheitsrat

Bis auf Israel sind alle Gegner des Internationalen Strafgerichtshofes ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat. Neben Russland, China und den USA sind dort Frankreich und Großbritannien dauerhaft vertreten. Kolumbien,

Irland, Singapur, Mauritius und Norwegen sind bis Jänner 2003 gewählt. Mexiko, Syrien, Kamerun, Guinea und Bulgarien haben bis 2004 einen Sitz.

Er tut, was er will

Heidi Riepl, Österreichische Nachrichten, 15.07.2002

Erst der Abrüstungsvertrag mit den USA und die Nato-Partnerschaft. Dann die Anerkennung als Marktwirtschaft durch die EU und die versprochene Mitgliedschaft bei der G8: Russland ist international wieder voll rehabilitiert und als Großmacht geschätzt. **Die internationale Kritik am russischen Feldzug in Tschetschenien ist vergessen. Präsident Putin kann also wieder tun und lassen was er will.**

Und das tut er auch: Das jüngste Angebot des tschetschenischen Rebellenführers Aslan Maschadow zu Gesprächen über ein Ende des dreijährigen Krieges hat er strikt abgelehnt. Dass die russische Armee in der Kaukasus-Republik auch vor Kriegsverbrechen nicht zurückschreckt, sagt Putins inzwischen sogar öffentlich: "Der Kampf gegen den Terrorismus ist nicht möglich, ohne dass Menschenrechte verletzt werden."

Doch mehr noch: **Der Kremlchef gönnt den verzweifelte Flüchtlingen nicht einmal mehr ihr bisschen Sicherheit:** Vor dem Kälteeinbruch will er alle Zeltlager in der tschetschenischen Nachbarrepublik Inguschetien schließen. Zwei Lager wurden bereits dichtgemacht. Für die darin untergebrachten 2200 Menschen bedeutet das die Katastrophe schlechthin: Sie wurden **mit Gewalt ins zerstörte Grosny gebracht**. Dort müssen sie jetzt unter Lebensgefahr ums tägliche Überleben kämpfen.

Verschworene Freunde

Wie in Russland Literaten verfolgt und Rassisten prämiert werden

Sonja Margolina, Süddeutsche Zeitung, 15.07.2002

Als unlängst eine Gruppe von Jugendlichen eine Klo-Atrappe vor dem Bolschoi-Theater aufstellte, sah das hauptstädtische Publikum darin nicht mehr als eine künstlerische Provokation. Allerdings nutzte das auf dem Theaterplatz versammelte Kollektiv die Toilette, um die Bücher *Wladimir Sorokins* mit dem Produkt gleichzusetzen, das so oft im Zentrum seiner Werke steht. Mit Orden dekorierte Kriegsveteranen waren engagiert worden, um Plakate mit obszönen Zitaten aus Sorokins Skandalroman „Der himmelblaue Speck“ hochzuhalten. Jugendliche in roten T-Shirts mit dem Profil Putins, Mitglieder einer von der Partei „Einheit“ unlängst kreierten Massenorganisation namens „Die Zusammengehenden“, vom Volksmund „**Putin-Komsomol**“ genannt, zerrissen die Bücher und spülten sie ins Klo.

Bei der Aktion am Bolschoi ist es nicht geblieben. Die Aktivisten haben den Generalstaatsanwalt angerufen und Sorokin samt seinen ebenso erfolgreichen Kollegen *Wiktor Pelewin* und *Wiktor Jerofejew* sowie deren Verlag Ad Marginem wegen Pornographie angezeigt. Nun rätselt man in Moskau darüber, was das Ganze auf sich hat. **Hinter der Putin-Komsomol stünde die „Einheit“, die wiederum im Sinne der KGB-Fraktion der Präsidentenadministration wirke.** Es gilt also zu entschlüsseln, warum Autoren, die seit mehr als zehn Jahren wie kaum jemand sonst die postsowjetische Kulturszene beherrschen, plötzlich zur Zielscheibe tschekistischer Gesinnungswächter werden konnten. In Russland erscheint Pornographie in Massenaufgaben, und Hunderte von Firmen, in deren Statut „die Verbreitung der Produktion erotischen und pornographischen Inhalts“ vermerkt ist, sind legal.

Schon seit der Machtübernahme Putins findet eine kontinuierliche Zurücknahme der Medienfreiheit statt. Ging es anfangs um die Enteignung der Medienmogule Boris Beresowski und Wladimir Gussinski, die mit ihren Fernsehkanälen eine Gefahr für das Regime darstellten, wurden schließlich alle Programme auf Linie gebracht. Dann sahen immer mehr Printmedien sich gezwungen, eine vorauseilende Selbstzensur zu üben.

Eine Schlüsselrolle spielten dabei **Staatsanwaltschaft und Gericht, die kaum noch einen Hehl daraus machten, politischen Zwecken Genüge zu tun.** Wurden früher Journalisten eingeschüchtert oder gar ermordet, erscheint es heute bedeutend einfacher, forsche Blätter per Klage vor Gericht ihrer Existenzgrundlage zu berauben.

Putins Familienbande

In dieser Hinsicht ist der Fall von *Novaya Gaseta* interessant, die es als **einzigste Zeitung immer noch wagt, über Tschetschenien zu berichten und über die Korruption der Staatsdiener zu recherchieren.** Da die Zeitung der Belegschaft gehört, ist sie arm, aber finanziell unabhängig. Sie kann leicht mit Klagen in den Bankrott getrieben werden.

Nach dem Bericht über Ungereimtheiten bei **Meschprombank**, die dem dubiosen Oligarchen *Sergej Pugat-schow* gehört, angeblich einem Freund Putins, verlangte die Bank für einen „unterlassenen Gewinn“ einen Scha-

denersatz in Höhe von einer halben Million US- Dollar; ein Kunde soll angeblich nach dem Zeitungsbericht seine Einlage aus der Bank zurückgezogen haben.

Der Anspruch war hundert Mal höher als das bislang höchste Entgelt bei ähnlichen Delikten. Doch das Verfahren nahm eine unerwartete Wende. Der brillanten Wirtschaftsjournalistin Julia Latynina gelang der Beweis, dass die aus der Bank abgezogene zweistellige Millionensumme an eine Tochter derselben Bank ging und der „Gewinn ausfall“ nur vorgetäuscht war. Daraufhin zeigte Novaya Gaseta die Meschprombank wegen Betrugs und Geldwäsche an. Und siehe da: die Bank zog ihre Klage zurück.

Die Epopöe um die Novaya Gaseta und der Fall Sorokin haben jedoch mehr miteinander gemein als die Art und Weise, wie beide auf dem „Rechtsweg“ zur Strecke gebracht werden sollen. **Der wahre Hintergrund wird bei den Explosionen in den Moskauer Mietshäusern im September 1999 vermutet**, die Putin den Weg an die Macht ebneten und deren Hintermänner, angeblich tschetschenische Terroristen, nie gefasst wurden.

Von Anfang an, besonders nach dem fragwürdigen „Übungsmanöver“ des Inlandsgeheimdienstes FSB in einem Wohnhaus in Rjasan, war eine andere Version in Umlauf. Ihr zufolge sollen die Geheimdienste an der Sprengung der Häuser beteiligt gewesen sein sollen, um ein Mitglied ihrer „Familie“ an die Macht zu bringen. Der Versuch, eine parlamentarische Untersuchung in die Wege zu leiten, scheiterte an der Verweigerungstaktik der Partei Putins. Unterdessen bemühte sich der in Ungnade gefallene Oligarch Boris Beresowski, diese Version nicht dem Vergessen anheimfallen zu lassen.

Granaten und Rebellen

Der von Beresowski unterstützte Geheimdienstler Alexander Litwinenko verfasste zusammen mit dem amerikanischen Historiker Juri Felschtsinskij ein **Buch „FSB sprengt Russland“**, in dem sie alle indirekten Beweise für eine FSB-Verschwörung zusammentrugen. Die gekürzte Fassung hat **Novaya Gaseta** im August letzten Jahres abgedruckt. Die Reaktion des FSB blieb damals noch aus. Novaya Gaseta selbst geht indes eher von mangelnder Professionalität, Dummheit und Unfähigkeit der Geheimdienste aus. Welcher Vorwurf den FSB mehr in Rage gebracht hat – jener der Verschwörung oder jener der Unfähigkeit –, steht auf einem anderen Blatt.

Der **Bankier Sergej Pugatschow** könnte durchaus das willige Werkzeug bei der Fehde der Hintermänner mit der Zeitung sein. Die Klage gegen Sorokin wäre somit als propagandistische Unterstützung für eine komplexe Operation zu verstehen, die auf Sorokins Verlag zielt. Sorokin war wohl der einzige bei Ad Marginem, der in die Nähe zu einer wie auch immer definierten Pornographie gebracht werden konnte. Der Verlag hat einen guten Ruf und ist auf postmoderne Theorien und zeitgenössische Prosa spezialisiert. Die Titel von Foucault, Deleuze und der „Rebellen“ wie Pelewin und Sorokin gehören zu seinem Profil. In letzter Zeit setzt der Verlag aber verstärkt auf Autoren eines ganz anderen Schlags.

Da ist zum Beispiel der aus Frankreich reemigrierte **Eduard Limonow**, Jahrgang 1943, seit 1994 Führer der Nationalbolschewistischen Partei sowie Herausgeber der Zeitung Limonka, auf Deutsch: Handgranate. Limonows Exzesse wie sein Ausflug in den Balkankrieg wird als eine Art postmoderner Selbstinszenierung belächelt. Unterdessen sitzt er schon seit mehr als einem Jahr in Untersuchungshaft des FSB wegen illegalen Kaufs und Transports von Schusswaffen und Sprengstoffen, während gegen viel gefährlichere nazistische Organisationen und Zeitungen nicht ermittelt wird. Im Herbst wird ihm in Saratow der Prozess gemacht.

Die toten Juden

Die Verfolgung Limonows hat aus einem marginalen Schreibtischrebell einen Bestsellerautor gemacht. Limonows Bücher liegen nun auf den Ständen neben der Produktion seines Busenfreunds **Alexander Prochanow** aus. In der Sowjetzeit hatte Prochanow als Sonderkorrespondent der Literaturnaja Gaseta mit den sowjetischen Sondereinheiten die sogenannten Brennpunkte bereist: Afghanistan, Äthiopien, Nicaragua, Kambodscha. Für seine Loblieder auf Armee und Großmacht bekam er in Schriftstellerkreisen den Spitznamen **„Nachtigall des Generalstabs“**.

Im August 1991 hatte er die Putschisten unterstützt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion avancierte er zum Herausgeber der nationalpatriotischen Wochenzeitung Den. Die verfassungswidrige Auflösung des Obersten Sowjets durch Jelzin im Herbst 1993 hatte Prochanow mit dem Aufruf, „das antinationale Regime Jelzins“ niederzuwerfen, beantwortet. Daraufhin wurde die Zeitung verboten. Allerdings ist es ihm problemlos gelungen, sie unter anderem Namen weiter zu führen.

Anfang Juni erhielt Alexander Prochanow, Jahrgang 1938, überraschend den Preis „Nationaler Bestseller“ für seinen Politthriller „Der Herr Hexogen“. **Nur wenige haben die Preisverleihung an diesen ausgesprochenen Antisemiten und Rassisten beanstandet**. Selbst wenn in dem preisgekrönten Buch sein Antisemitismus nicht in dem Maße in Erscheinung tritt wie in der Zeitung und anderen Werken, so ist die Entscheidung doch skandalös. Im Buch agieren zwei leicht zu entschlüsselnde Gestalten, deren Prototypen Beresowski und Gussinski sind. Es findet sich kaum eine Scheußlichkeit, welche die beiden Juden im Kampf um die höchste Macht ausließen. Das

Buch endet mit dem Tod der Hauptfiguren: „Gussinski“ erhängt sich in der Gefängniszelle, „Beresowski“ wird vergiftet.

Geheime Strafaktionen

Nicht weniger anstößig erscheint das zentrale Motiv der Handlung, denn laut Prochanow haben sich die Geheimdienste gegen das eigene Volk verschworen. Es sei der geheime „FSB-Orden“ gewesen, der die Invasion der Tschetschenen in Dagestan und die Sprengung der Häuser organisiert habe, um einen manipulierbaren Vertreter des FSB an die Staatsspitze zu bringen. Mit Hilfe dieses Vertreters – im Roman der „Auserwählte“ – wollte der Orden die Staatsmacht an sich reißen; Hexogen ist der Sprengstoff, der die Häuser zum Einsturz bringt. Damit liegt Prochanow nicht weit vom flüchtigen Litwinenko, der gerade vom Militärgericht in Abwesenheit zu drei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt wurde. Vielmehr entstammen beide krude Versionen demselben Fundus. Nur beansprucht Litwinenko eine kriminalistische Analyse, während Prochanow diese benutzt, um seiner Fantasie freien Lauf zu lassen.

Das Buch von Litwinenko erschien in Novaya Gaseta, Prochanow ließ die erste Fassung schon im November 2001 in den nationalpatriotischen Zeitungen abdrucken. Ad Marginem scheint mit seinem Lektorat maßgeblich zur Glättung des ursprünglichen Textes, besonders was den Antisemitismus angeht, beigetragen und das Buch so erst salonfähig gemacht zu haben. Nun vergleicht selbst die seriöse Kritik das Buch mit „Dämonen“ von Dostojewski.

Wenn es stimmt, dass der ganze Rummel um Novaya Gaseta und Ad Marginem auf deren beider Beschäftigung mit den geheimnisvollen Anschlägen auf die Moskauer Häuser von 1999 zurückzuführen ist, dann stellt sich natürlich die Frage, warum die „Strafaktionen“ gegen die beiden so halbherzig und inkonsequent sind.

Vermutlich ist diese Frage ohne einen verschwörungstheoretischen Ansatz gar nicht zu beantworten – und das ist schon die halbe Antwort. Nach der Preisverleihung hat Prochanow in einem Interview behauptet, der Stil des Romans sei ihm von den Geheimdiensten mit parapsychologischen Methoden eingeflößt worden. Überhaupt lebe er unter der geheimen Kontrolle und dem Druck des Ordens.



Flüchtlingslager in Inguschetien. Foto: KC

IGFM-Berichte:

**"Tschetschenien 2001: Russlands Militärmoloch zermalmt ein Volk.
Der offizielle Westen schweigt"**

IGFM, Mai 2001

**"Der russische FSB-Geheimdienst in Tschetschenien.
'Ich kam nach Tschetschenien, um euch zu töten. Je mehr, desto besser'"**

IGFM, Juni 2001

**"Tschetschenien:
Anstieg der Grausamkeit der russischen Truppen nach dem 11. September 2001"**

IGFM, Januar 2002

"Russlands Krieg in Tschetschenien: Gewalt gegen Frauen als Kriegsmethode"

IGFM, Juli 2002

**"Tschetschenische Flüchtlinge in Deutschland: Zwangsrückführung nach Russland -
von Russland ins Kriegsgebiet"**

Juli 2002